

# Deutsche Rundschau

## in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14.00 Zl., monatl. 4.80 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 4.50 Zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16.18 Zl., monatl. 5.39 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zl., Danzig 3 Gld. Deutschland 2.50 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau  
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Groschen, Danzig 10 bzw. 80 Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platvorlage und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffentliche Gebühre 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postsekretarien: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 219.

Bromberg, Donnerstag den 24. September 1931.

55. Jahrg.

## Die englische Finanzkrise und Polen.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Aus den allgemeinen Betrachtungen, welche die polnische Presse über die englische Krise anstellt, ist kaum etwas Lehrendes zu schöpfen. Manche sind sogar recht unerquicklich. Das Weltproblem, das durch die deutsche Finanzkrise aufgerollt wurde und nun durch die englische Krise eine weitere Verfestigung erfährt, hat einen allzu tragischen Aspekt, als daß man nicht Widerwillen empfände, wenn man all dies liest, was ein nationalistisch oder parteipolitisch feindlicher Sinn an läppischen Meinungen in einem Augenblick auskramt, da eine Welt in ihren Fugen bricht. Wie beurteilt aber die polnische Presse die mutmaßliche Wirkung der englischen Finanzkatastrophe auf die Lage in Polen? Bisher haben sich nur einzelne Stimmen geäußert.

Notieren wir vorerst, was der liebe Krakauer „Kurier“, nämlich der „Ilustrowany Kurier Codzienny“, „Sensationalles“ zu sagen hat. Der englische „Krach“ versteht ihn gar adeu in einen Rausch zu stand. Es ist daher kein Wunder, daß ihn in einem solchen Zustand sein nicht allzu tief begründetes finanzielles und wirtschaftliches Wissen verläßt, daß er sich mit einem sinnlosen propagandistischen eschreibt über seinen Zustand hinweghilft. Das Krakauer Sensationsblatt schreibt:

„Auf uns hat der englische Krach keinen unmittelbaren Einfluß und kann keinen haben. (!) Unser Kontakt mit London ist außerordentlich lose. Der englische Krach stärkt nur kräftiger die finanzielle Position unseres Bundesgenossen Frankreich, welche unerschüttert bleibt. Der Londoner Krach kann psychologisch auf unsere Finanzen nur günstig einwirken. Er weist nämlich überzeugend nach, daß im Moment, da Finanzkolosse wanken, in den Grundfesten erzittern, unsere Valuta, unser Bankwesen unablässlich bleiben.“

Das Blatt fordert das polnische Publikum auf, „Talies Bunt“ und „ein nächsternes Urteil“ zu bewahren. Es wäre zu wünschen, daß das Krakauer Blatt in seiner geradezu tödlichen Unberührtheit und Stimmung wenigstens bezüglich des „nächtern Urteils“ beispielgebend voranschreitet und diese berechtigte Forderung nach „taltem Blut“ vor allem selbst erfüllt.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ kann nicht umhin, daran zu erinnern, daß Domowksi die Katastrophe der englischen Finanzen genau vorausgesehen habe, sie ist aber nüchtern genug, sich auf apodiktische Behauptungen nicht einzulassen. „Es ist unmöglich“ — so schreibt das leitende Organ der Endecja — „im jetzigen Momente die Folgen der englischen Krise vorauszusehen. Sie wird um so tiefer greifen, eine je heftigere Krise die Länder und Völker durchmachen. (Das ist endlich einmal ein logischer Schluss! D. R.) Die mit England finanziell und wirtschaftlich stärker verzahnten Staaten werden die Londoner Ershütterungen stärker verspüren. Die mit England schwächer verbundenen Staaten haben Beziehungen zu denjenigen, welche in engerer Verbindung mit England stehen. Kein Land lebt doch unter einem Glasgehäuse. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich der Zustand der Unsicherheit in verschiedenen Ländern steigern wird... Die Weltmeinung richtet im gegenwärtigen Moment ihren Blick nicht nur auf London, sondern in erster Reihe auf Paris und New York, auf die Reservoirs des Weltgoldes, auf die heute größten Finanzmächte.“

Etwas näher geht das rechtsnationalistische Warschauer „ABC“-Blatt auf die voraussichtlichen Auswirkungen der englischen Krise ein, die sich in Polen fühbar machen können. Das Blatt legt darüber folgende Ansichten dar:

„Was zunächst die Bank Polakki betrifft, so besitzt diese Bank wie andere Emissionsinstitute im Vorrat der zur Deckung zugerechneten Valuten auch eine gewisse Anzahl von Pfundnoten, welche jetzt für die Deckung in Wegfall kommen. Glücklicherweise ist dieser Vorrat nicht allzu groß. Andererseits sind unsere Verpflichtungen in Pfunden ziemlich beträchtlich, so daß auf diesem Gebiete keine größeren Schwierigkeiten zu befürchten sind. Bei dieser Gelegenheit wäre in Erinnerung zu bringen, daß, als im vorigen Jahre die „Bank Polakki“ für 141 Millionen Złoty Edelmetalle verkaufte, in der öffentlichen Meinung ernsthafte Einwände gegen die Zweckmäßigkeit dieser Transaktion erhoben wurden.“

„Auch auf dem Abschnitt des langfristigen Kredits drohen uns keine ernstlichen Komplikationen aus dem einfachen Grunde, weil der englische Markt mit uns unmittelbar nur in minimalem Grade zusammengearbeitet hat. Englische Kredite sind in Polen vor allem in der Textilindustrie und in der besonderen Form des Kredits für die Zuckerindustrie engagiert. In beiden Fällen sind ebenfalls keine ernstlichen Befürchtungen zu hegen. Etwas anders stellen sich die Möglichkeiten der mittelbaren Folgen des englischen Krachs für Polen dar.“

„Eine der Hauptursachen der Pfundkatastrophe war die allzu enge Verbundenheit Englands mit den deutschen Finanzen. Wenn sich die deutsche Krise im Juli nicht zum Niveau einer Katastrophe vertieft

hat, so hat Berlin unzweifelhaft viel der Engagierung der englischen Finanzen zu verdanken. (Das ist eine Fehlbesichtigung, wenn vielleicht auch eine unfromme Wunschbesichtigung. D. R.) Heute werden diese Finanzen die weitestgehenden Kreditrestriktionen tun müssen, was sich vor allem in Deutschland fatal auswirken wird. (Das stimmt nicht, denn das Stillhalte-Abkommen bleibt bestehen. D. R.) Auf diesem Punkte könnten wir gewisse nachteilige Wirkungen im Wege der Rückwirkung auf den polnischen Markt befürchten. Dann haben die Juliersfahrungen erwiesen, daß die polnisch-deutsche finanziell-wirtschaftliche Verbundenheit nicht so fest ist, wie man allgemein glaubte; doch ist es immerhin schwer zu bestreiten, daß ein ziemlich lebhafte Kontakt auf diesem Abschnitte besteht.“

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der englische Krach Polen unmittelbar nur im minimalen Grade berührt, daß er sich aber mittelbar in seiner Rückwirkung über Deutschland fühlbar machen kann. Eine andere Sache ist freilich das weiter reichende Problem der eventuellen Folgen des englischen Krachs, die alle Länder der Welt berühren können, sofern es sich um die weiteren Schicksale des jetzt herrschenden monetarischen Systems handelt. Die englische Krise hat so grell die Mängel dieses Systems entblößt, daß eine Verständigung aller Staaten zur Auffindung eines Auswegs — zur dringenden Notwendigkeit geworden ist.“

## Was wird Deutschland tun?

Kritik an der festen Goldwährung.

Das englische Vorgehen hat all die Stimmen in Deutschland wieder laut werden lassen, die von der Reichsbank verlangten, daß sie den erneuten Kurs zur Goldwährung mit 40 prozentiger Notendekung abbreche und zu einer Zahlungsmittelversorgung der deutschen Wirtschaft auf anderer Grundlage, nämlich der einer festen Kursquote an Noten für jeden Staatsbürger übergehe. So schreibt der „Jungdeutsche“ u. a.:

„Die Deutsche Reichsbank hat jetzt einen Notenumlauf von 4,6 Milliarden, weil sie sich an die 40 prozentige Gold- und Devisendekungsgrenze klammert. Wenn der deutsche Notenumlauf auf 7 bis 8 Milliarden erweitert wird, ohne auf den Goldstandard Rücksicht zu nehmen, von dem sich England nun auch entfernt hat, dann kann die deutsche Wirtschaft 2½ bis 3½ Milliarden innere Kredite erhalten, mit denen der notwendige Wirtschaftsumbau zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durchgeführt werden kann.“

Leider aber hört man von den zuständigen Stellen nur, daß der Reichsbankpräsident Dr. Luther keinen Grund sieht, seine bisherige Haltung zu ändern. Die günstige Gelegenheit für Deutschland, die durch das englische Vorgehen

gegeben ist und durch das Vorhandensein des Stillhalteabkommen für ausländische Kredite sowie die Devisenzwangswirtschaft noch verbessert ist, muß aber unbedingt ausgenutzt werden. Die Forderung muß lauten: Fort mit dem Goldwahn, hin zu einer gesunden deutschen Kreditplanwirtschaft!

Bei den Erörterungen über die englische Währung darf man nicht vergessen, daß das englische Währungsgesetz in wesentlichen Punkten anders ist als das deutsche. Ein starres Festhalten an der Deckung der Währung durch einen bestimmten Prozentsatz an Gold und Devisen hat es in England auch vorher nicht gegeben. Das englische Pfund wies zwei verschiedene Kategorien auf.

Zunächst einmal liegen auf das in den Kellern der Bank von England liegende Gold, zuletzt etwa 2½ Milliarden Mark, zu 100 Prozent gedeckte Pfundnoten um, außerdem aber gab es und gibt es dort ein Zusatzkontingent von Pfundnoten, das lediglich durch Staatsgarantie gedeckt ist. Dieses Zusatzkontingent betrug bis vor kurzem 5,2 Milliarden Mark und wurde dann auf 5,5 Milliarden Mark erhöht. Die englische Wirtschaft konnte durch Goldabzüge kraft dieses Zusatzkontingents an Noten nie so in die Enge getrieben werden, wie die deutsche Wirtschaft, deren Kreditmöglichkeiten völlig von der Golddeckung der Noten abhängig waren und durch jeden ausländischen Devisen- und Goldabzug um das Zweieinhalbsechseck eingeschränkt wurden, da auf 40 Mark Gold und Devisen ja 100 Reichsmark in Banknoten aus dem Verkehr gezogen werden mußten.

Auch Deutschland hat im Fult mit dem Überglauen eines festen Prozentsatzes der Golddeckung brechen müssen. Aber in der Reichsbank machten sich seit Wochen die Bestrebungen bemerkbar, zu dieser 40 prozentigen Notendekung zurückzukehren und zugunsten dieser theoretischen Grenze den inneren Kredit der deutschen Wirtschaft einzuschränken.“

## Schachts Urteil.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat dem Berliner Vertreter des „Universal News Service“ eine Unterredung über die Aushebung der englischen Goldwährung gewährt. Englands Aktion — so erklärte er — sei von ungeheurer finanzieller Bedeutung für die ganze Welt. Der englische Markt habe immer die Grundlage der internationalen Goldbewegung dargestellt. Was England jetzt tue, bedeute die Revision des internationalen Schuldensystems. Er hoffe, daß die Wirkung des englischen Schrittes für Deutschland günstig sein werde.

## Die Japaner rücken vor.

Tokio, 23. September. (PAT) Das Kabinett hat den Vorschlag, eine aus drei Japanern und drei Chinesen zusammengesetzte Gemischte Kommission ins Leben zu rufen, genannt, um alle strittigen chinesisch-japanischen Fragen, darunter auch den gegenwärtigen Konflikt in der Mandchurie, einer Beratung zu unterziehen. Ferner wurde beschlossen, ein weiteres Vordringen der japanischen Truppen-Abteilungen in der Mandchurie über Tschan-tschung hinan nicht zu gestatten. Im Gegensatz zu diesem Beschlusse stehen in London eingetroffene Meldungen, nach welchen ein Teil der japanischen Truppen den Befehl erhalten habe, den Marsch auf Charbin anzutreten. Dadurch sind die japanischen Kriegsoperationen bedeutend erweitert worden. In Shanghai wird behauptet, daß die Japaner ein Gebiet von etwa 150 000 Quadratmeilen besetzen wollen.

Nach in Tokio eingegangenen Meldungen steigt in China das Kriegssicher. Hervorragende Rankinger Politiker erklären, daß China bereit sei, eher 20 Millionen Tente zu opfern, als auf die Mandchurie zu verzichten.

## Rußland will nicht neutral bleiben.

London, 23. Septbr. (Eigene Drahtmeldung) Nach einer hier aus Moskau über Riga eingegangenen Meldung soll der Kriegskommissar Worošilow in Begleitung einiger Stabsoffiziere nach dem Fernen Osten abreisen. Gleichzeitig hat die Sowjetregierung den chinesischen und den japanischen Gesandten davon in Kenntnis gesetzt, daß Russland in dem mandchurischen Konflikt nicht neutral bleiben kann, was in diplomatischen Kreisen dahin gedeutet wird, daß Russland im Fernen Osten aktiv auftreten wird. Das würde erste Folgen nach sich ziehen, da im Falle einer Intervention Russlands auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht neutral bleiben würden.

Gleichzeitig wird aus Tokio gemeldet, daß die Japanische Regierung schon seit einigen Tagen Informationen über verdächtige Bewegungen sowjetrussischer Truppen an der chinesischen Grenze und in der Nordmandchurie besitzt. Diese Meldung war einer der Gründe, welche die Entscheidung der Japanischen Regierung

beeinflußte, in der die Einstellung der Kriegshandlungen in der Südmandchurie gefordert wird. Dieser Standpunkt hat jedoch nicht die Unterstützung des Generalstabes gefunden, der die weitere Entsendung von Truppen in das Kriegsgebiet befahl. Im japanischen Hafen Sasebo stehen zwei Geschwader der Kriegsmarine und eine größere Zahl von Fahrzeugen in Bereitschaft, die jeden Augenblick beladen mit Militär, nach der Mandchurie abtransportiert werden können.

Nach weiteren Meldungen haben die japanischen Truppen die Stadt Kirin in der Mandchurie eingenommen, die Hauptstadt der Provinz desselben Namens. Damit ist die Verwaltung der Eisenbahn Tschan-tschung-Kirin in japanische Hände gekommen.

Bei Tschan-tschung hat ein heftiger Kampf zwischen chinesischen und japanischen Truppen stattgefunden. Auch in Mukden, und zwar in der Vorstadt Pei-Ta-Jung wurde gestern abend wiederum erbittert gekämpft, wobei die Japaner die chinesischen Stellungen mit Granaten beschossen.

Aus Washington wird gedroht, daß Staatsdepartement sei der Meinung, daß sich der chinesisch-japanische Konflikt gegenwärtig in einem Stadium befindet, das im Sinne des Kellogg-Paktes eine Intervention erfordere.

## China lehnt die gemischte Kommission ab

Tokio, 23. Septbr. (Eigene Drahtmeldung) Das japanische Außenministerium teilt mit, daß nach einer Meldung des japanischen Gesandten aus Peking die chinesische Regierung den Vorschlag der Japanischen Regierung, eine Gemischte chinesisch-japanische Kommission aus je drei Regierungsmitgliedern einzusetzen, abgelehnt habe.

Die chinesische Regierung erklärt, daß irgend welche Friedensverhandlungen nur dann stattfinden könnten, wenn die Japanische Regierung sofort sämtliche Truppen, die sich auf chinesischem Staatsgebiete befinden, zum Abmarsch nach Japan veranlaßte.

# Der Mandschurei-Konflikt im Völkerbundrat

Genf, 23. September.

Der Völkerbundrat trat gestern vormittag zu einer Sondersitzung zusammen, um über den Appell Chinas an den Rat zum Eingreifen in den chinesisch-japanischen Streitfall zu verhandeln. Damit brachte diese Woche das bedeutsame Ereignis, daß zum ersten Male ein Streit der beiden asiatischen Großstaaten vor dem Völkerbund gelangt. Der Ratsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt.

Der chinesische Delegierte Sze gab gleich zu Anfang eine Erklärung über die Vorgänge in China ab. Bissher seien 800 chinesische Soldaten und Zivilpersonen von den Japanern getötet, etwa 1000 gefangen genommen worden. Das besetzte Gebiet sei so groß wie England, Schottland und Irland zusammengekommen. Infolge der weiteren Verschärfung der Lage entstehe für die Chinesische Regierung die Frage, ob die Anrufung des Völkerbundes auf Grund des Art. 11 des Völkerbundpaktes genüge, und ob die Chinesische Regierung durch die Ereignisse der letzten Stunden nicht gezwungen sein werde, eine Aktion des Völkerbundes auf Grund weiterer Artikel des Völkerbundpaktes in Anspruch zu nehmen. Die Chinesische Regierung erwarte sofortige Maßnahmen des Rates, um den früheren Zustand in China wieder herzustellen und eine Entschädigung für China festzusetzen.

Im Anschluß an die Erklärung des chinesischen Gesandten nahm der japanische Botschafter in Paris Yoshisawa das Wort und erklärte, Japan habe keineswegs die Absicht gehabt, mit China Krieg zu führen. Es habe sich vielmehr wehren müssen, da seine Interessen in der Mandschurei von China in den letzten Jahren fortgesetzt bedroht worden seien. Die Mandschurei sei ein weites Gebiet, in dem Japan enorme Interessen und garantierte Rechte habe, und wo einige Hunderttausend japanische Staatsangehörige leben. China verfüge dort über etwa 200 000 Mann gegenüber 20 000 Mann japanischer Truppen. Die Zerstörung der Eisenbahn bei Mukden sei von chinesischen Truppen verübt worden. Der Zwischenfall sei die Folge früherer Vorwürfe, an denen chinesische Truppen schuld seien. Die Entschädigungsforderung Chinas sei für Japan unerschöpflich. Da die Japanische Regierung zunächst den Konfliktstoff und die Vermittlungsvorschläge prüfe, beantrage er die Verhandlungen vor dem Rat über den Konflikt vorläufig zu vertagen, bis er von seiner Regierung neue Instruktionen erhalten habe.

Der chinesische Delegierte widerholte sich heftig diesem Vorschlag und erklärte, die Chinesische Regierung sei bereit, den gesamten Konflikt einem Untersuchungsausschuß des Rates vorzulegen. Von direkten Verhandlungen könne nicht die Rede sein, solange ein großer Teil des chinesischen Gebiets besetzt sei. Angeichts der ernsten Lage müsse der Rat schleinigst Maßnahmen treffen.

Im Anschluß hieran erhob sich der englische Delegierte Lord Robert Cecil. Seine Erklärung gipfelte in Vorschlägen, die für die ganze Frage der Kriegsverhütung durch den Völkerbundrat auch künftig von großer Bedeutung sein können. Lord Robert Cecil betonte, daß der Rat sich mit der Sache selbst vorläufig nicht befassen könne, da die natürlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien über den Zustand noch zu groß sind. Der Rat habe aber die Pflicht, vorläufige Maßnahmen zu ergreifen. „Es ist ja nicht das erste Mal“, sagte Cecil, „daß solche internationalen Streitfälle vor den Rat kommen und daß bewaffnete Konflikte sich ereignen, ohne daß das zum Kriege führt. Nun hat der Vertreter der Japanischen Regierung ebenso wie der Delegierte Chinas erklärt, daß keine Kriegssabsichten vorliegen. Für derartige Fälle hat der Rat bereits ein bestimmtes Verfahren entwickelt. Zunächst richtet der Präsident einen Appell an die beiden Parteien mit der Aufforderung, nichts zu tun, was die Situation verschärfen könnte. Die zweite Phase ist die, daß der Präsident in seinem Appell die Notwendigkeit erklärt, daß die Truppen beider Parteien sich aus dem Gebiet der anderen Partei zurückziehen, um jede Handlung auszuschalten, die zu einem bewaffneten Konflikt führen könnte.“

Dabei fügte Lord Robert Cecil noch hinzu, daß der Präsident selbstverständlich diesen Appell unter Berücksichtigung des Einzelfalles formulieren müsse. Im Fall Japan-China sei es unerlässlich, die sofortige Zurückziehung der Truppen, die sich auf dem Gebiet der anderen Partei befinden, zu fordern. (Damit gibt England zu erkennen, daß bei dem Konflikt seine Interessen auf chinesischer Seite liegen! D. R.)

Am Schluß stellte Lord Robert Cecil fest, daß der hier in Frage kommende Konflikt auch außerhalb des Völkerbundes noch die Unterzeichner mehrerer diplomatischer Verträge angehe. Dabei denkt er besonders an den Kellogg-Pakt und an den Vertrag über die Politik mit China, der u. a. von den Vereinigten Staaten, Belgien und anderen Staaten unterzeichnet worden ist. „Wir kennen alle das große Interesse“, sagte er, „daß die Vereinigten Staaten dem Pakt Briand-Kellogg entgegenbringen, zu dessen Urhebern sie gehören, und wir wissen doch, daß sie auch Unterzeichner des China-Vertrages sind. Deshalb beantrage ich, der Regierung der Vereinigten Staaten das Protokoll dieser Verhandlungen des Rates zu übermitteln und sie so auf den laufenden über unsere Aktion zu halten, damit sie jederzeit die Möglichkeit hat, zu tun, was sie in dieser Sache für zweckmäßig hält.“

Der Rat verzichet dann seine Stellungnahme auf Nachmittag. Der japanische Vertreter hatte Vertragung auf den heutigen Mittwoch beantragt. Bis zur Nachmittagsitzung wurde lange mit den Chinesen und besonders den Japanern verhandelt. Der chinesische Delegierte Sze verwies auf die Nachrichten, die er morgens empfangen habe und die zeigten, daß sich die Lage jeden Augenblick verschlimmere. Viele Chinesen, darunter Frauen und Kinder, seien getötet worden. Man dürfe keine Minnen versperren. Der Rat möge vor allem die sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem chinesischen Gebiet anordnen.

Der Ratspräsident, der spanische Außenminister Lerroux, erklärte darauf, man habe die beiden Erklärungen der Vertreter Chinas und Japan zur Kenntnis genommen und den Wunsch des japanischen Delegierten nach Vertragung der Er-

örterung bis zur nächsten Sitzung vorgemerkt. Er beantragte jedoch, daß der Rat ihn ermächtige,

1. einen dringenden Appell an die Regierungen Chinas und Japans zu richten, sich jeden Alters zu enthalten, der die Situation verschärfen oder der friedlichen Regelung des Problems vorgreifen könnte;
2. zu versuchen, in Beratung mit Vertretern Chinas und Japans geeignete Mittel zu suchen, um den beiden Staaten eine sofortige Zurückziehung ihrer Truppen zu ermöglichen, ohne daß dadurch die Sicherheit und das Leben ihrer Staatsangehörigen und der Schutz ihrer Besitzungen gefährdet werden.

Er beantragte weiter, daß der Rat beschließt, das Protokoll aller Sitzungen des Rates und die Dokumente über diese Angelegenheit zum Zweck der Information der Regierung der Vereinigten Staaten zu übermitteln.“

Die Reihe der Ratsmitglieder, die sich zu dem Antrage äußerten, eröffnete der deutsche Außenminister Dr. Curtius.

Der chinesische Delegierte Dr. Sze stimmte den Anträgen der übrigen Redner, die den heutigen Ratsbeschuß nur als einleitenden Schritt ansehen wollen, grundsätzlich zu. Er sei mit der eingeleiteten öffentlichen Prüfung durchaus einverstanden, aber lege noch besonderen Wert darauf, daß es sich bei den Besprechungen mit dem Ratspräsidenten nach der Sitzung um eine Konversation des Völkerbundes und nicht um direkte Verhandlungen hande, zu denen er keine Vollmachten hat. Darauf erklärte der japanische Delegierte Yoshisawa, er könne noch nicht sagen, ob es bis morgen möglich sein werde, die notwendigen Instruktionen von der Japanischen Regierung zu bekommen. Er werde aber sein Möglichstes dazu tun.

Darauf wurde die Resolution, die der Ratspräsident beantragt hatte, einstimmig angenommen.

## Japan will die ganze Mandschurei besetzen

London, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der "Daily Telegraph" aus Mukden berichtet, bereiten die Japaner die vollständige Besetzung der Mandschurei vor. Der Vormarsch der Japaner auf Harbin hat die chinesischen Truppen zum weiteren Rückzug veranlaßt.

Nach einer Meldung der sowjetrussischen Telegraphen-Agentur sind in Nanking zwei japanische Armeen eingetroffen. In Shanghai wird mit dem Eintreffen der japanischen Flotte gerechnet.

## Rußland gegen den japanischen Vormarsch

Moskau, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Bei einer Unterredung mit dem japanischen Botschafter am Dienstag erklärte Außenminister Litwinow, daß die Russische Regierung gegen einen Vormarsch der japanischen Truppen an der Chinesischen Ostbahn sei, und daß die Japanische Regierung sofort davon in Kenntnis zu setzen wäre. Ein militärischer Vorstoß gegen die Chinesische Ostbahn sei nach russischer Meinung durchaus unzulässig und unerwünscht. Es sind heute weiterer Mitteilungen in dieser Angelegenheit zu erwarten.

## Deutsches Reich.

Simons 70 Jahre alt.

Der ehemalige Reichsgerichtspräsident Professor Dr. Walter Simons in Berlin begeht am 24. September seinen 70. Geburtstag.

Dr. Simons ist ein Sohn des Niederheins (Elberfeld). Nach richterlicher Tätigkeit in verschiedenen Teilen des Reichs trat er als Rat in das Reichsjustizamt ein und übernahm im Jahre 1911 die Leitung der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes. Nach dem Zusammenbruch hat er als Generalkommissar der deutschen Friedensdelegation die Friedensverhandlungen in Berlin und in Versailles an der Seite des Grafen Brockdorff Rantzau mitgeführt und ist wie sein Minister nach der Annahme des Friedensvertrages im Reichstag zurückgetreten. Im Jahre 1921 wurde er zum Reichsaußenminister berufen; das "Londoner Diktat" hat er mit einem mutigen "Nein!" beantwortet und dann seinen Abschied genommen. 1928 wurde er Präsident des Reichsgerichts in Leipzig. Er hat das oberste deutsche Richteramt — mit einer Unterbrechung im Jahre 1925, wo er nach dem Tode Eberts kurze Zeit stellvertretender Reichspräsident war — bis zum Jahre 1928 verwaltet und durfte sich des allgemeinen Vertrauens des Richterstandes erfreuen. Daneben übernahm er eine Honorarprofessur für Völkerrecht an der Universität Leipzig.

Seine vielseitigen außerberuflichen Interessen führten ihn u. a. zu intensiver Mitarbeit auf dem Gebiet des religiösen und kirchlichen Lebens. Dr. Simons ist einer der bekanntesten und im Ausland angesehensten deutschen Mitarbeiter der internationalen kirchlichen Einigungsbewegung. In der Heimat hat er sich als Vorsitzender des Evangelisch-Sozialen Kongresses um eine Synthese von Christentum und sozialer Verpflichtung bemüht. Seit dem vergangenen Jahr gehört er der obersten Vertretung des deutschen Protestantismus, dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß, als Mitglied an. Anlässlich der vierhundertfeier der Universität Marburg im Jahre 1927 wurde er mit dem theologischen Ehrendoktor ausgezeichnet. Seine tiefe Liebe zur Musik hat ihn zur Mitarbeit in der Deutschen Bachgesellschaft geführt, deren Vorsitzender er seit einigen Jahren ist.

## 16 Todesopfer der Bootskatastrophe bei Juist.

Zu dem schweren Bootsunfall in der Nähe der Insel Juist, über das wir gestern berichteten, wird mitgeteilt, daß das Unglück 16 Todesopfer gefordert hat. Lediglich zwei der Insassen wurden gerettet.

Über die Katastrophe werden folgende Einzelheiten bekannt:

Seit einigen Tagen herrscht auf dem Nordsee-Wetter. Fast die gesamte Küstenschiffahrt der Nordseeländer hat des schlechten Wetters wegen die Fahrten eingestellt. Am Sonntag vormittag waren 18 Mitglieder des Turnvereins der Insel Borkum mit dem Fischerboot "Annemarie" nach der Insel Juist gefahren. Schon auf der Fahrt hatte das kleine Segelboot stark mit den Wellen zu kämpfen und kam erst mit mehrstündigem Ver-

**Panflavin-PASTILLEN**  
bei Ansteckungsgefahren und zum Schutz gegen Erkältungserscheinungen. Erhältlich in allen Apotheken.

spätung in Juist an. Das Boot wurde von dem Fischer Alvers aus Borkum gesteuert, der ein alter erfahrener Bootsmann ist und mehrmals gleiche Überfahrten ausgeführt hat. Die Borkumer Turner waren über Sonntag auf der Insel Juist geblieben und hatten am Nachmittag ein Gastspiel veranstaltet. Am Montag nachmittag gegen fünf Uhr wurde die Rückfahrt nach Juist angetreten. Gleich bei der Aussicht geriet das Boot in schwere Seegegäng. Etwa zehn Seemeilen von der Abfahrtsstelle entfernt wurde der Wellengang so stark, daß mehrere Sturzwellen das Boot überfluteten. Kurz darauf wurde das Boot zum Kentern gebracht. Da das Boot in Borkum nicht eintraf, wurden am frühen Morgen mehrere Fischer auf die Suche geschickt. Erst gegen sechs Uhr morgens wurde von einem Fischerboot einer der Unglücks, der sich schwimmend über Wasser gehalten hatte, gesichtet und gerettet. Sofort wurden die Rettungsstationen von Norderney, Juist und Borkum von dem schweren Unfall verständigt, die mit ihren Rettungsbooten nach der Unfallstelle eilten. Dem Juister Motorboot "Ilse" gelang es dann noch, einen Mann zu retten, der sich an dem Mast des gekenterten Bootes gefangen hatte. Zwei weitere Unglücks, die sich ebenfalls an dem Mast festzuhalten versuchten, sind nach den Angaben des Geretteten vor seinen Augen von den Wellen mitgerissen worden. Bis in die Mittagsstunden hinein suchten die Rettungsboote noch nach weiteren Schiffbrüchigen, konnten aber keinem der Unglücks mehr Hilfe bringen.

## 158 Stunden

### auf den Wogen des Ozeans umhergetrieben.

Wir wir bereits gestern mitteilten, wurden die bereits totgeglaubten deutschen Ozeanflieger Johannsen und Rödy, sowie ihr portugiesischer Passagier Beiga am Montag früh südlich von Neu-Fundland von dem norwegischen Dampfer "Belmoira" aufgefischt. Die Flieger befinden sich wohlbeholt an Bord des Schiffes. Sie sind sehr erschöpft. Beiga hat eine leichte Verletzung am Fuß erlitten. Das norwegische Schiff war von Albany (Staat New York) nach Rußland unterwegs und sichtete das Flugzeug ungefähr an der Stelle, wo die Flieger seinerzeit von dem Dampfer "Penland" zum letztenmal in der Luft beobachtet worden waren.

Kapitän Hald berichtet durch Funkspruch der "Belmoira" folgende Einzelheiten von der sensationellen Aufsuchung der Ozeanflieger: „Heute morgen stießen wir auf 45 Grad 26 Minuten nördlicher Breite und 51 Grad 31 Minuten westlicher Länge in ein treibendes Flugzeug. In Erinnerung an die tagelange vergebliche Suche nach dem Verbleib der deutschen Transatlantikflieger steuerten wir das vermeintliche Wrack an. In näherer Entfernung entdeckten wir auf dem Flugzeug drei Menschen, die uns verzweifelt Notsignale zuwinkten. Es waren Flugkapitäne Johannsen, Rödy und Dacosta Beiga. Die Flieger sind nach dem Niedergehen auf offenem Ozean insgesamt 158 Stunden auf den Wogen umhergetrieben. Wir ließen ein Boot aus und brachten alle drei an Bord der "Belmoira". Die Flieger umarmten uns unter Freudentränen und dankten uns für ihre wunderbare Rettung. Infolge der abenteuerlichen Kreuzfahrten auf Bord ihres Junkersflugzeuges sind alle drei natürlich äußerst erschöpft und leiden, da ihre letzten Lebensmittelvorräte aufgebraucht waren, sehr unter Hunger.“

Die Rettung der Ozeanflieger geschah in letzter Minute. Das Junkers-Landflugzeug, das sich mit seinen Leiterschlüßen über Wasser gehalten hatte, sank eine halbe Stunde nachdem die Flieger von der Pinasse der "Belmoira" angesogen waren.

## Kleine Rundschau.

Winter in Bayern.

München, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) In Südbayern ist ein ungewöhnlich heftiger Winter einbruch mit starken Schneefällen erfolgt. In München fiel heute fast den ganzen Vormittag Schnee.

Das polnische Nationalmuseum vor der Vollendung.

Seit mehreren Jahren ist in Warschau ein neues polnisches Nationalmuseum im Bau, das mit rund 200 Ausstellungssälen die größte öffentliche Sammlung Polens werden soll. Im Oktober soll das Gebäude so weit fertig gestellt sein, daß die 30 ersten Säle, die Kunstgewerbliche Gegenstände und eine Sammlung von Handzeichnungen aufnehmen werden, bereits zur Öffnung kommen.

Er wollte einmal einen Zug entgleisen sehen.

Auf der Westernwaldstrecke Herborn-Westernburg stieß der Personenzug 3502 zwischen den Stationen Fehl-Rishausen-Höhn auf ein Hindernis, das von dem Schienenträger der Lokomotive weggeräumt wurde. Die Untersuchung ergab, daß Rundhölzer von 15 bis 20 Zentimeter Dicke und 80 Centimeter Länge mit Draht an den Schienen festgebunden waren. Darüber waren wiederum Rundhölzer gelegt. Das Ganze war mit Steinen beschwert. 50 Meter vor diesem Hindernis war noch ein schwerer Stein auf den Bahnhörner gewälzt worden. Die Limburger Bahnpolizei hat als Täter einen vierzehnjährigen Jungen aus Höhn ermittelt. Dieser hat ein Geständnis abgelegt. Wie er sagte, wollte er einmal einen Zug entgleisen sehen.

## Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 23. September 1931.

Krakau - 1,08, Jawischow + 2,40, Warshaw + 1,66, Block + 1,10, Jordan + 1,20, Culm + 1,02, Graudenz + 1,25, Kurzbrügel + 1,46, Biebel + 0,71, Dirschau + 0,62, Einlage + 2,46, Schlesienhorst + 2,74.

## Mondschein-Serenade im Fernen Osten.

Und der biedre Vollmond zwinkert,  
Dass es auf den Wellen blinkert.  
Und er spricht: „Das ist gewiss:  
In der hohen Kunst zu morden.  
Sind geschickter sie geworden  
Seit der Schlacht bei Salamis“

Seit in seinen Morgenstunden  
Jener Mond die Kraft erfunden,  
Die den Tod von weitem spät,  
Brachten sie, das muss man sagen,  
In der Kunst, sich totzuschlagen.  
Wirklich ganz erstaunlich weit.

Selbst die Mongolomalaien  
Haben das Verderben speien  
Den Europäern abgeguckt, —  
Was gewiss durchaus kein kleines  
Nein vielmehr ein ungemeines  
Zivilisationsprodukt.“ —

Also sprach der Mond. Da krachte,  
Bum, ein Schuss, und sachte, sachte  
Kroch er in den Wolkensack.  
Brummelte nur noch verdrießlich:  
Komms wies kommen mag; denn schließlich  
Ist mir wurscht das ganze Pack.

Ob nun der, ob jener Gelbe  
Siegt: es bleibt ja doch dasselbe,  
Wie es war und wie es ist:  
Dass, bei noch so schönen Reden,  
Von den Menschen jeder jeden,  
Wenn er Appetit hat, frist.“

Otto Julius Bierbaum.

## Die Wohnungs-Luxussteuer.

Bromberg, den 22. September.

Unsere gute Brahestadt resp. ihre Vertreter im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung haben eine etwas eigenartige Vorstellung von Wohnungs-Luxus. Nach ihrer Ansicht ist es schon Luxus, wenn eine Familie von vier oder mehr Personen eine Wohnung innehat, die mehr Zimmer zählt als die Familie Personen. In früheren Jahren dachte man darüber anders; in Übereinstimmung mit der Volksgesundheitslehre vertrat man den Standpunkt, daß je mehr Licht und Luft eine Wohnung hat, sie um so gefüllt ist. Diese von Ärzten und Volkshygienikern in aller Welt vertretene Lehre hat bei den Weisen im Rathause keine Geltung. Wer diese hygienischen Gebote befolgt, wird durch hohe Steueranlagen bestraft. Für jedes Zimmer, das er zuviel hat, hat er 10 Prozent der Jahresmiete für die ganze Wohnung als Steuer zu zahlen. Und wenn er gegen die Bestimmungen des Steuerstatutes verstößt, d. h. wenn er etwa den steuerpflichtigen Wohnungsraum zur Steuer anmelden unterlässt, hat er eine Strafe von 345,9 Zloty (!!) zu zahlen. Nicht etwa eine Strafe bis 345,9 Zloty, sondern 345,9 Zloty. Siehe Seite 88 der Statutammlungen, herausgegeben von dem früheren Leiter des städtischen Steueramtes.

Dass Verhältnisse eintreten können, unter denen selbst die weisesten Lehren der Volkshygiene über Bord geworfen werden müssen, wenn höhere Interessen auf dem Spiele stehen, soll nicht geleugnet werden. Wenn Menschen kein Obdach haben, müssen sie untergebracht werden, selbst wenn sie anderen den Raum einzchränken. Wir geben auch zu, daß vielleicht noch vor einigen Jahren dieses Aushilfsmittel erforderlich war. Wir bestreiten aber mit Entschiedenheit, — obgleich es gerade ein Steuergebot ist, das der Stadt zu dieser sogen. Luxussteuer die Handhabe bietet —, daß unter leidlich normalen Verhältnissen steuerfiskalische Rücksichten den Vorrang haben vor den Geboten der Volksgesundheit. Dieses Luxussteuerstatut ist auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Regelung der kommunalen Finanzen erlassen. Wir betonen das Wort „vorläufig“; das Gesetz ist vom 11. 8. 1923 datiert, und man sollte meinen, daß das „vorläufig“ etwas lange dauert, und daß die Städte reichlich Zeit hatten, sich nach anderen Steuerquellen umzusehen. Denn das „vorläufig“ im Titel des Gesetzes soll doch offenbar beflegen, daß die im Gesetz zugelassene Regelung nicht einen dauernden Charakter haben soll. Tatsächlich haben denn auch andere Städte, die diese Steuer gleichfalls eingeführt hatten, sie längst wieder als mit wichtigen menschlichen Geboten im Widerspruch stehend aufgehoben. Auch in Bromberg schien es einmal, daß diese Steuer ihre Rolle ausgepielt hätte; nicht als ob im Rathause eine höhere Einsicht die Oberhand gewonnen hätte, sondern weil in einem Sonderfall eine Entscheidung des Wojewodschaftsgerichtes sie zu Falle bringen zu sollen schien. Schon hatte der Magistrat auf Grund dieser gerichtlichen Entscheidung die Erhebung der Steuer sistiert und die für eine bestimmte Zeit bereits gezahlten Beträge zurückgezahlt, als ihm die höhere Gerichtsinstanz, die man nicht mit viel Hoffnung angerufen hatte, wider Erwarten zu Hilfe kam. Das Urteil des Wojewodschaftsgerichtes wurde aufgehoben, die magistratlichen Urheber des Statutes musterten sich aber eine höchst peinliche Kritik des Statutes in formeller und auch in sachlicher Hinsicht gefallen lassen. Obgleich sich innerhalb des Magistrates und der Stadtvertretung gegen den Fortbestand der Steuer Widerspruch erhob, siegten dennoch die steuerfiskalischen Rücksichten — ganz unberechtigterweise, da die Bücke, die durch den zeitweiligen Fortfall der Steuer im städtischen Budget entstanden war, längst auf andere Weise ausgefüllt worden war.

Wir wollen auf die formalen und sachlichen Mängel des Steuerstatutes nicht weiter eingehen; wer das Statut auch nur flüchtig liest, dem fallen sie sofort in die Augen. Ist es z. B. nicht ein krasser Widerstand, daß eine Person drei Zimmer haben kann, ohne der Steuerpflicht zu unterliegen, und daß 2 Personen nicht 4 Zimmer haben dürfen? Nicht minder merkwürdig ist die Bestimmung des § 3 unter c), daß überflüssige Zimmer, die an eine fremde Person vermietet sind, steuerfrei sein sollten. Wenn also z. B. eine einzelne Person eine 7-Zimmerwohnung hat und davon an eine fremde Person vermietet, so braucht nach

dem genannten Paragraphen überhaupt keine Luxussteuer gezahlt zu werden. Und wenn man die schon oben erwähnten Strafbestimmungen liest, so stehen einem die Haare zu Berge angesichts des Missverhältnisses zwischen dem Vergehen und der Höhe der Strafe.

Was aber bei der Beurteilung der ganzen Frage am meisten ins Gewicht fällt, ist, daß die Träger dieser Steuer in zahlreichen Fällen Bürgerkreise sind, bei denen von Wohnungsluxus nicht im entferntesten die Rede sein kann. Es sind vielfach allein stehende Witwen, die aus früheren besseren Tagen noch eine größere Wohnung geredet haben, die sie gern aber vergebens gegen eine kleinere vertauschen möchten, oder für die diese Wohnung durch Abvermieten von Teilen derselben die einzige schmale Existenzbasis bietet. Sind diese Opfer der Zeitverhältnisse nicht instande, einen Teil der Wohnung zu vermieten — und das ist heute schon sehr schwer — so verfallen sie der Luxussteuer. Wenn wirklich Luxus zur schärferen Besteuerung herangezogen wird, so wird niemand dagegen etwas einzuwenden haben — nicht einmal der davon Betroffene, da die Steuer für ihn ja leicht tragbar ist. Aber Leute, die vielfach in den düftigsten Verhältnissen leben, zur Luxussteuer heranziehen, ist eine Verhöhnung der davon Betroffenen. Nun besagt allerdings ein Paragraph dieses Statutes, daß der Magistrat in Ausnahmefällen berechtigt ist, die Steuer ganz oder teilweise zu erlassen. Solche Bestimmungen sollten in der heutigen Zeit aus den Gesetzen und Verordnungen verschwinden, da sie der Willkür Tor und Tür öffnen. Die Gesetze und Verordnungen müssen so gefaßt sein, daß der Bürger Rechte und Pflichten, die ihm daraus erwachsen, klar herauslesen kann. In die demokratische Zeit passt eine Bestimmung, die dem freien Bürger die Pflicht auferlegt, von der Behörde etwas submissiv zu erbitten, nicht mehr hinein.

Aus den hier angeführten Gründen erscheint es unbedingt geboten, diese Steuer, die vielfach Bevölkerungskreise betrifft, bei denen von einem Wohnungsluxus gar nicht die Rede sein kann, so bald als möglich aufzuhören. Die deutschen Vertreter im Stadtverordnetenkollegium haben sich bisher vergleichbar bemüht, die Steuer zu befechten. Sie sind sich klar, daß fiskalische Interessen bei der Behandlung dieser Frage keine Rolle spielen dürfen. Neuerdings hat die Frage an Aktualität gewonnen, da die Klagen sich mehren, daß es außerordentlich schwer fällt, die sog. überflüssigen Zimmer zu vermieten, und andererseits viele Haushalter gegen das abvermieten von Zimmern Einspruch erheben. So ist die Wiederannahme der Aktion gegen die Steuer ein Gebot der Stunde. Die etwa durch Aufhebung dieser Steuer im Budget entstehende Lücke muß nötigenfalls durch Ersparnis an anderen Stellen ausgefüllt werden.

## Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 23. September.

### Etwas milder.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung, leichte Temperaturerhöhung und strömweise Niederschläge an.

### Das Geständnis des Mörders Ratajczak.

Zur Verhaftung des Mörders Ratajczak erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Ratajczak hatte, nachdem er erfuhr, daß die Polizei Steckbriefe ausgesandt hat, sein Leben hauptsächlich in Wäldern des Kreises Wirsitz gefristet. Die kühlen Nächte der letzten Zeit zwangen ihn jedoch, sich menschlichen Behausungen zu nähern. An einem der letzten Abende suchte er sich einen Unterschlupf in der Scheune eines Schulgebäudes in der Nähe von Lohiens. Der Lehrer, dem der Obdachlose verdächtig erschien, benachrichtigte die Polizei. Die aus Bromberg mit einem Auto herbeigerufenen Beamten fanden im Stroh den Verbrecher, der sich zunächst als Haussierer ausgab. Bald aber mußte er zugeben, daß er der gesuchte Tischler Ratajczak war, des weiteren, daß er den Mord an seiner Wirtin verübt habe. Über den Mord selbst machte der Verhaftete bei der Polizei folgende Angaben, die offensichtlich darauf hinzuweisen, seine Tat als im Affekt begangen hinzustellen: Am Sonntag habe er, da er sehr ermüdet gewesen sei, außergewöhnlich lange geschlafen. Um 12 Uhr sei seine Wirtin mit dem Besen in der Hand in das Zimmer gekommen und habe das Zimmer aufgeräumt. Dabei hätte sie ihm lebhafte Vorwürfe über seine unerhörte Faulheit gemacht. Das hätte ihn derartig aus der Ruhe gebracht (!), daß er aus dem Bett gesprungen sei und mit dem Besen auf seine Wirtin eingeschlagen habe. Schließlich sei diese zusammengebrochen. Was später geschehen sei, daran kann sich der Verhaftete angeblich nicht mehr erinnern.

§ Zwei Todesurteile bestätigt. Das Appellationsgericht in Posen als Revisionsinstanz beschäftigte sich mit den beiden Todesurteilen, die von der verstärkten Bromberger Strafkammer gegen Edmund Drójewski und Albert Piotrowski gefällt worden waren. Beide Angeklagte suchten im Januar 1930 die Gastwirtschaft von Bartosch in Morawow, Kreis Bielin, auf, veranstalteten ein großes Trinkgelage und verlangten dann von dem Gastwirt die Herausgabe seines Geldes. Da ihnen der übergebene Betrag zu gering erschien, forderten sie eine höhere Summe. Als Bartosch das ablehnte, gab Piotrowski auf ihn drei Schüsse ab, durch die der Gastwirt so schwer verletzt wurde, daß er bald darauf starb. Die Banditen flüchteten nach Bromberg, wurden dort aber bald ermittelt und festgenommen. Das Appellationsgericht bestätigte das von der Bromberger Strafkammer gefallene doppelte Todesurteil.

Ein Großfeuer brach gestern gegen 12 Uhr vormittags in der Dachpappenfabrik „Aron“ in der Wilhelmstraße aus. In einem der Fabrikräume war Imprägnierungsmasse aus bisher noch nicht bekannter Ursache in Brand geraten. Das Feuer griff mit großer Schnelligkeit um sich und erschuf den Dachstuhl. Die herbeigerufene Feuerwehr stand vor einer besonders schwierigen Aufgabe, zumal die dicht neben dem Fabrikgebäude liegenden Gasometer bedroht schienen. Es gelang der Feuerwehr jedoch in kurzer Zeit, den eigentlichen Brandherd zu löschen, dagegen

nahm die Löschungsarbeit an dem Dachstuhl, der von der Wahr eingehüllt wurde, längere Zeit in Anspruch. Großer Materialschaden ist durch das Feuer nicht

entstanden. Die Fabrik wird wahrscheinlich in zwei bis drei Tagen die Arbeit wieder aufnehmen können.

§ Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts stand am Dienstag die Verhandlung gegen den Landwirt Gustav Schweizer aus Koraczewko, Kreis Schubin, statt. Schweizer wurde aus dem Gefängnis in Schubin, wo er bereits seit dem 7. Juni d. J. in Haft ist, den Richtern vorgeführt. Aus der Anklageschrift geht folgendes hervor: Schweizer schuldet einem gewissen Cybulski 50 Zloty. Im Dezember v. J. erhielt nun der Gerichtsvollzieher Plucinski den Auftrag, das Geld bei Schweizer einzutreiben. Plucinski wollte ein Fahrrad, das dem Sohne des Schweizer gehörte pfänden, was jedoch die Chefrat des Angeklagten zu verhindern suchte. Als der Angeklagte, der sich im Augenblick der Pfändung nicht auf seinem Gehöft befand, hörte, daß der Gerichtsvollzieher bei ihm sei, eilte er nach Hause, ergriff eine Duschkabel und ging damit gegen den Beamten vor. Vor dem Schubiner Kreisgericht, wo sich die Cheleute zu verantworten hatten, wurde Schweizer wegen Beamtenbeleidigung und fiktiven Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu sechs Monaten, seine Frau zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Frau Schweizer erhielt die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umgewandelt. Gegen das Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. In der heutigen Verhandlung führte Rechtsanwalt Wirsiki in seinem Plädoyer aus, daß der Angeklagte sich als wenig intelligenter Mensch über sein Tun keine Rechenschaft ablegte und kein gewaltloses Vorgehen gegen den Gerichtsvollzieher aufrecht hielt. Er bitte das Gericht, dem Angeklagten den Rest der Strafe zu erlassen, welcher Bitte das Gericht nach kurzer Beratung auch nachkam.

§ Der heutige Wochenmarkt hatte nur mittelmäßigen Verkehr aufzuweisen. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 1,90—2,00, Eier 2,20—2,30, Weißkäse 0,30—0,40. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Rote Rüben, Mohrrüben und Rotkohl 0,10, Bohnen 0,15—0,20, Spinat 0,30, Weißkohl 0,05, Blumenkohl 0,40—0,90, Zwiebeln 0,25, Birnen 0,20—0,30, Apfel 0,30—0,40, Pflaumen 0,20—0,25, Tomaten 0,15—0,20, Preiselbeeren 0,80. Pfifferlinge kosteten 0,20. Der Geflügelmarkt ließte Enten zu 3,50—4,50, Gänse zu 6,00—8,00, Hühner zu 1,50—4,00, Tauben zu 0,70—0,80. Für Fleisch verlangte man: Speck 1,00—1,30, Schweinefleisch 0,80—1,20, Rindfleisch 1,00—1,30, Hammelfleisch 0,90 bis 1,10, Kalbfleisch 1,30—1,50. Auf dem Fischmarkt wurden folgende Preise notiert: Forelle 1,50—2,00, Hechte 1,00—2,00, Schleie 1,50—2,00, Plötz 0,35—0,50, Brezen 1,00—1,50, Barsch 0,70—1,20, Karauschen 1,00—1,80.

§ Das gestohlene Auto aufgefunden. Wie wir gestern berichtet haben, ist in Bromberg, und zwar in der Friedhofstraße, ein Auto, Marke „Citroen“, gestohlen worden. Jetzt hat man das Auto in der Nähe von Rafel auf der Chaussee aufgefunden. Der Wagen war nicht beschädigt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

ph. Schulz (Solec), 22. September. Auf dem heutigen Wochenmarkt zahlte man: für Kartoffeln 2,20—2,50, Butter 2,00, Eier 2,00, Weißkäse 0,40, Tomaten 0,10, Weißkohl 0,04, Wirsingkohl 0,15, Rotkohl 0,15, Zwiebeln 0,15, grüne Bohnen 0,30, Pflaumen 0,20, Birnen 0,05—0,20, Apfel 0,10 bis 0,20, Brüken 0,05, Pfifferlinge 0,15, Steinpilze 0,15, Mohrrüben 2 Pfund 0,15, Kürbisse pro Stück 0,20—0,50, Blumenkohl pro Kopf 0,20—0,60.

v. Argenau (Gontewkowo), 22. September. Vor mehreren Wochen hat sich die Chefrat des Schneidermeisters Klimczak von hier heimlich aus ihrer Wohnung entfernt und ist bis heute nicht wieder zurückgekehrt. Aus den Briefen, welche sie an ihre Verwandte schrieb, ist zu entnehmen, daß sie niemals mehr zu ihrer Familie zurückkehren werde, und da die Schneidermeisterfrau geistig nicht normal ist, liegt der Verdacht nahe, daß sie heute wohl nicht mehr unter den Lebenden weilt.

z. Nowyrock, 21. September. Vor Gericht hatte sich die 85jährige Stellenvermittlerin Josefa Galinska von hier zu verantworten. Ihr wird Betrug und unerlaubte Stellenvermittlung vorgeworfen. In beiden Fällen ist ihre Schuld erwiesen; sie erhielt für den ersten Fall 90 Zloty Geldstrafe oder 2 Tage Gefängnis und für den letzten, da sie zum wiederholten Male rückfällig ist, 150 Zloty Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis. — In der Nacht wurde bei der Frau Fleischermeister Prussak die Schaufensteinerscheibe zertrümmert. — Bei dem hiesigen Schuhmachermeister Bielak wurden aus der Werkstatt verschiedene Paar Schuhe und Stiefel im Werte von 150 Zloty gestohlen, ohne daß man den Dieb fassen konnte. Kurze Zeit darauf wurde auch bei dem Friseur Kornaszewski ein Rasiermesser, Kämme usw. im Werte von 35 Zloty entwendet. Hier wurde der Dieb ergriffen. Es handelt sich um den jugendlichen Roman Sławiński, der beide Diebstähle verübt hat. Er gibt seine Schuld zu und wird zu 14 Tagen Gefängnis, jedoch mit Rücksicht auf seine Jugend mit 2jähriger Bewährungsfrist verurteilt.

z. Posen (Poznań), 22. September. Gestern abend in der 8. Stunde trug sich in der fr. Glogauerstraße in der Nähe des jüdischen Friedhofs wieder ein sichtbarer Unglücksfall zu, bei dem die neunjährige Halina Mańska aus der Marthall Hochstraße 23, als sie über den Frieddamm lief, von einem Autobus der Strecke Posen—Stenschewo überschritten und auf der Stelle getötet wurde. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. — Von einem Großfeuer heimgesucht wurde gestern der Gutsbesitzer Theodor Makus in Rabowice bei Posen, der erst vor kurzem durch einen großen Scheunenbrand geschädigt worden war. Diesmal verbrannten zwei Getreideschöpfer, eine Lokomotive, eine Dreschmaschine und eine Strohpresse im Gesamtvalue von rund 100 000 Zloty. Vermutlich handelt es sich um eine böswillige Brandstiftung von vier Personen, die sich an den Löschversuchen nicht beteiligten, sondern während des Brandes plötzlich verschwanden. — Die Strafkammer verurteilte den obdachlosen Friseur Josef Chojnacki wegen eines beim Oberleutnant Janusz Kodebski verübten Einbruchs in die Wohnung, bei dem er vom Wohnungsinhaber überrascht worden war, zu einem Jahre Gefängnis. Ein mitangeklagter Ludwig Głowacz wurde freigesprochen.

Chef-Redakteur Gottbold Stark: verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen gesellschaftlichen Teil: Max Henke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, L. & v. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 219

Die Verlobung ihrer jüngsten Tochter **Selma** mit dem Landwirt Herrn **Reinhold Winter** beeilen sich hiermit anzugeben.

**Ludwig Manke**  
**u. Emilie geb. Preuß.**

Huta

im September 1931.

Meine Verlobung mit Fräulein **Selma Manke**, jüngste Tochter des Gutsbesitzers Herrn Ludwig Manke und seiner Frau Gemahlin Emilie geb. Preuß, gebe ich bekannt

**Reinhold Winter,**

Closek

8801

Für die herzliche Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sprechen wir allen Kollegen, Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren Inhabern der Firma A. Dittmann, den Mitgliedern des Gesangsvereins "Gutenberga", sowie Herrn Superintendent Uhlmann für die trostreichenden und wohltuenden Worte am Sarge unseres

**herzlichsten Dank**

aus. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

**Frau Anna Pansegrau geb. Bechert.**

Bromberg, den 23. September 1931.

## Aufruf an die Bürgerschaft des Kreises Bydgoszcz.

Die Weltwirtschaftskrise hat viele Menschen um Arbeit und Brot gebracht.

Ihnen zu Hilfe zu kommen — ist nicht nur ein Gebot der Nächstenliebe, sondern auch Pflicht jedes Bürgers.

Auf der Sitzung des Komitees der Kreis-Arbeitslosenhilfe am 2. September d. J. wurde der Beschluss gefasst, den Arbeitslosenfamilien des Kreises Bydgoszcz Nahrungsmittel, Brennstoffmaterialien und warme Bekleidung zu beschaffen und deren Kindern in Schulen, Vorschulen und Bewahranstalten durch Speisung zu helfen. Zur Deckung der damit verbundenen Ausgaben sind aber Geldmittel notwendig.

Wir wenden uns deshalb an alle Bürger des Kreises Bydgoszcz mit der innigen und herzlichen Bitte um Unterstützung dieser schönen und menschlichen Aktion durch freiwillige Beisteuerung und Spenden, sei es in bar oder Naturalien, wie Getreide, Kartoffeln, Kleidung und Brennstoffmaterial.

Wir hoffen, daß dieser Aufruf bei allen ohne Ausnahme volles Verständnis finden und daß es keinen geben wird, der irgendwie Hilfe verweigert oder sich von der Erfüllung einer so hehren Pflicht abschieben wollte. Denn nur durch Hinzutun aller ohne Ausnahme können die besten Resultate erzielt werden.

Ein schönes nachahmenwertes Beispiel gab der Kreisausschuß von Bydgoszcz, indem er als erster für diesen Zweck 25 000 Złoty spendete, wofür ihm im Namen der Arbeitslosen herzlicher Dank abgestattet wird.

Die Stadt-, Wojs- und Parochialkomitees werden in Kürze mit der Sammlung von Spenden beginnen.

Bydgoszcz, den 17. September 1931.

**Komiteet Powiatowy Niesienia Pomocy Bezrobotnym**

Dr. Bereta, Starost, van Bleria, Direktor Gacza, Danielak, Franciszek, Falenthal, Gutsbesitzer, Dr. Galazynski, Kreisarzt, Gowin-Gostomski, Probst, Goralski, Wojt, Hamerla, Probst, Jułt, Pastor, Kajuba, Probst, Kietrzyn, Wojt, Klarb, Pastor, Leszcz, Pastor, Meyer, Pastor, Matowski, Probst, Ostrowski, Wojt, Osowolski Jan, Otto Walter, Gutsbesitzer, Pelpinski, Bürgermeister, Piechowski, Probst, Raczkowski, Tadeusz, Direktor der Landwirtschaftsschule und Präses des Kreis-Wirtschaftsverbandes, Rybicki, Landwirt, Rutka, Pastor, Sobiecki, Probst, Szewcowski, Probst, Schreiber, Franciszek, Kaufmann, Thrafowski, Stefan, Taczkowski, Probst, Wawrzyniak, Bürgermeister, Weiß, Pastor, Zelewski, Probst.

## Maschinentechnische Abendschule

u. staatl. Seemachinenschule.

Möller, Danzig, Rassau, Markt 23.

Neue Kurse beginnen am 12. Oktober 1931.

Roseni, Progr. Ann. inf. Ratenzahlung.

8801

8807

Gdańska 87, I, 5.

## Polnische Sprache

erlernen in kürzester Zeit Anfänger, Fort-

geschrittenen nach leicht fühlbarer Methode.

Mäßige Preise. Von 6—8 Uhr.

8807

Gdańska 87, I, 5.

OTO - ATELIER Tel. 120

nur Gdańsk 27 fr. 19

empfiehlt nur kurze Zeit

Postkarten 6 Stück 4.75

in künstlerischer Ausführung. 8882

Paßbilder sofort mitzunehmen.

8807

Gdańska 87, I, 5.

## Hebamme

erfüllt praktischen Nat., geuff Erfolg u. Disfre-

tion zugestellt. Danet,

Dworcowa 66. 8472

Bydgoszcz, Tel. 18-01

8809

Dr. v. Behrens

bearbeitet

allerlei Verträge,

Testamente, Erbsch.

Auflösungen, Hypo-

potekenlöschung,

Gerichts- u. Steuer-

angelegenheiten.

8849

Promenada nr. 3

beim Schlachthaus.

Erfolgr. Unterricht

i. Englisch u. Französisch,

erteilen L. u. A. Turbač,

Cieślakiewicza 24 I. 1.

(früher 11). Französisch-

englische Überleitung.

Langjähr. Aufenth. in

England u. Frankreich.

8824

Poln. Konversation

Literatur, Grammatik,

erteilt Lehrerin. 2. 3697

Chodkiewicza 5, 2 Dr.

## Stellengesuche

Landw.

Beamter

8809

Weiterer, unverheirat.

tatkräftiger

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

8809

</

Bromberg, Donnerstag den 24. September 1931.

## Pommerellen.

28. September.

## Graudenz (Grudziadz).

Das Standgericht, das auf Grund der Verordnung des Ministerrats überall eingesetzt werden muss, ist in Graudenz nunmehr konstituiert worden. Vorsitzender ist Dr. Kornicki, Vizepräsident des Bezirksgerichts; Mitglieder sind die Richter Dr. Jurkiewicz und Pilat, ihre Stellvertreter die Richter Stasiński, Brodowski und Kuczan.

**Anmeldung der 20jährigen.** Der Stadtpräsident fordert auf Grund der zuständigen Bestimmungen alle in Graudenz wohnenden männlichen Personen, die im Jahre 1911 geboren sind, sich in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. November d. J. zwecks militärischer Registrierung im Magistrat, Zimmer 201, während der Stunden von 10—14 Uhr zu melden. Vorzulegen sind folgende Papiere: Geburtschein, Personalausweis, Schul- und Fachzeugnisse. Es haben sich alle im angegebenen Alter stehenden männlichen Personen zu melden, die in Graudenz wohnhaft sind, sowie auch diejenigen gleichen Alters, die zwar in Graudenz während der Meldungszeit weilen, die jedoch nicht im Inlande ansässig sind. Ferner müssen sich die im Alter von 21 bis 28 Jahren befindenden männlichen Personen melden, die sich bisher noch nicht zur Registrierung angemeldet oder sich noch nicht der Mustierungskommission gestellt haben. Nicht in Graudenz Anwesende, sowie solche Meldungspflichtigen, die sich im Krankenhaus oder im Gefängnis befinden, müssen durch ihre Eltern oder deren Vertreter gemeldet werden. Der Meldungspflicht nicht Nachkommen unterliegen einer Geldbuße bis zu 500 Złoty oder einer Gefängnisstrafe bis zu 6 Wochen, bzw. beide Strafen zusammen.

**Submission.** Das städtische Arbeitslosen-Hilfskomitee in Graudenz, Sektion Kinderernährung in den Schulen, hat die Lieferung von 200 Litern sterilisierter Milch täglich in warmem Zustand für die einzelnen Volksschulen zu vergeben. Bewerbungen sind zu Händen des Vorsitzenden dieser Sektion, Generals Lados, Lindenstraße (Lipowa) 44, einzureichen. Dasselbe findet auch die näheren Lieferungsbedingungen zu besprechen.

**Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 14. bis zum 19. September gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 25 eheliche Geburten (15 Knaben, 10 Mädchen), darunter zwei Zwillingspaare (je Knabe und Mädchen), sowie drei uneheliche Geburten (1 Knabe, 2 Mädchen), ferner 10 Geschlechtungen und 9 Todesfälle, darunter 4 Kinder bis zu 1 Jahr (8 Knaben, 1 Mädchen).

**Das Präsidium des Arbeitslosen-Hilfskomites** hielt am Sonnabend im Amtszimmer des Stadtpräsidenten Włodek eine Sitzung ab. Es wurde eine Reihe sehr wichtiger Beschlüsse gefasst und das Arbeitsprogramm des Komitees, sowie der einzelnen Komiteemitglieder in den Sektionen festgesetzt. Außerdem beschloss man, wieder wie im vorigen Winter eine Selbstbesteuerung der ganzen Bevölkerung der Stadt zugunsten der Arbeitslosen ins Werk zu setzen.

**Die Mühle von Graudenz.** Allgemeines Interesse erregt das Schicksal der hiesigen Obermühle (Górny Mlyn). Vor einigen Monaten hat der Kaufmann und Stadtrat Murański sie in der Zwangsversteigerung erworben. Da der Preis angeblich zu niedrig war und Gläubiger sich dadurch benachteiligt fühlten, wurde gegen den Zuschlag Protest eingelegt. Jetzt hat das Gericht die damalige Zusage verworfen und die Gläubiger sind enttäuscht, denn die Beschwerden der sich benachteiligt fühlenden also entsprochen. M. ist dadurch seines Besitzes verlustig gegangen; er ist jedoch vom Gläubigerausschuss und der Konkursverwaltung als — Pächter eingesetzt worden, weil er verschiedene, größere Aufwendungen für das Mühlen-Etablissement gemacht habe.

**Die Not unserer Tage** zeittigt manche seltsame Blüten. Eine davon ist die Tatsache, daß der Schalterraum des Postamts manchmal einem Obdachlosen-Aufzul ähnelt. So kann man in den Städten vor Schluss dieses Vakals bemerken, daß dort Leute, die nicht wissen, wo sie sonst ihr Haupt hinlegen sollen, unter den für das Publikum zum Schreiben bestimmten Tischen einige Zeit ruhigen, festen Schlafes verbringen. Möglicherweise ist's, und Penngeiß wird ja auch nicht erhoben. Des weiteren erregt dieser Tag eine Frauensperson Aufsehen, die mit ihrem kleinen Kind sowie einem Bindel elender Hasseligkeiten den Schalterraum zu zeitweiligem Aufenthalt auskoren hat. Auf Beifragen gibt sie an, sie sei bereits — vor vier Monaten aus ihrer Wohnung, für die sie nicht mehr die Miete entrichten konnte, exmittiert worden. Seitdem suche sie hier und da, wo es sich eben machen lasse, ihr Obdach. Ob ihre Hoffnung, daß ihr der Magistrat eine Unterkunft in der Czarnecki-Kaserne geben werde, sich erfüllen wird? Hoffen wir's — denn das Postamt dient schließlich doch anderen Zwecken, als wohnungslosen Armuten eine Heimstätte zu bieten.

**Brand.** In Neuberg (Nowa Góra), Kreis Graudenz, brach Sonnabend abend gegen 9 Uhr in der neuen großen Scheune des Betreibers Wawrzyniec Regent Feuer aus, durch welches dieses Wirtschaftsgebäude, das mit Getreide gefüllt war, vernichtet wurde. Der durch den Brand hervorgerufene Schaden beträgt rund 7000 Złoty. Die Scheune war versichert. Die Ursache des Brandes ist bisher nicht ermittelt worden. Es wird vermutet, daß Landstreicher, die in der Scheune nächtigen wollten, durch unvorsichtiges Umgehen mit Feuer den Brand verursacht haben.

**Gefährliche Diebesbente.** Der Polizei teilte am Sonntag der Inhaber der Waffenwerkstatt Unterthornerstr. (Toruńska) 8, Szyman, mit, daß in seine Werkstatt Diebe eingebrochen sind und aus ihr eine Anzahl dort zur Ausbesserung befindlich gewesenen Waffen im Werte von rund 300 Złoty gestohlen haben. Die Täter, die den Einbruch während der zweitägigen Abwesenheit des Werkstattinhabers ausgeführt haben, sind mittels Einschlags einer Fensterscheibe in den Arbeitsraum gelangt.

**Gestohlen wurde** dem Unterthornerstraße (Toruńska) Nr. 33 wohnhaften Karol Skurzynski Wäsche im Werte von 80 Złoty, sowie Walerja Rydalewska, Courbiers-

strasse (Kosciuszki) 19, ein Oberbett nebst Kissen, ferner ein Kleidchen im Gesamtwerte von 150 Złoty entwendet worden. Als verloren gemeldet worden sind zwei Militärbüchlein, auf die Namen Viktor Kruszynski und Paul Trylowi.

\*  
Vereine, Veranstaltungen &c.  
Wirtschaftsverband stadt. Bernse. Donnerstag Sprechst. 5—7½ Uhr  
Gold. Löwe. (7273 \*)

Thorn (Toruń).  
Denkmals-Totgeburt.

Es ist nicht oft, aber es geschieht doch, daß manche Denkmäler über ihren Grundstein nicht hinauskommen. Sie wachsen nicht nach oben, sondern eigentlich nach unten, d. h. außer ihrem Grundstein ist von dem Denkmal bald nichts mehr zu merken und auch dieser geht den Weg alles Irdischen, wird verschüttet und wächst nicht mehr. Der Grundstein, einstmals als Fundament für ein Prachtdenkmal gedacht, wird so zum Sargdeckel bombastischer Träume. So etwas geschieht, wie gesagt nicht oft, aber es geschieht dennoch zeitweise. Der Tamel, der den Gedanken eines Denkmals gebaute, verrauscht, es bleibt ein Grundstein und sonst nichts mehr. Denkmals-Totgeburt.

Auf dem namenlosen Platz zwischen der Bank Polski und dem ehemaligen Glacis, der durch die Zuschüttung des Stadtgrabens entstanden ist, befand sich dicht an der Kerstenstraße (ul. Szopena) eine von Stacheldraht umgebene Baugrube, um die ein paar behauene Quadern herumlagen. Die Grube wurde dieser Tage zugeschüttet, nachdem sich jahrelang kein Mensch um sie bekümmernd und sie nicht gerade zur Verhönerung des Straßenbildes beigetragen hatte. Wenn wir nicht irren, sind es jetzt etwa drei Jahre her, daß an dieser Stelle die feierliche Grundsteinlegung für ein „Siegesdenkmal“ stattfand, nachdem aus dem Bau des „Befreiungs-Obelisken“ (dessen Grundstein in der Nähe des sog. „Pilzes“ vor vielen Jahren feierlich gelegt und später sang- und klänglos zugeschüttet wurde) nichts geworden war. Ob der Bau des Siegesdenkmals ganz eingestellt werden soll oder ob der dortige Platz infolge der zu erwartenden Umgestaltung ähnlich der Eröffnung der neuen Weichselbrücke jetzt dafür nicht mehr in Frage kommt, ist unbekannt.

Bei Arterienverkalkung des Gehirns und des Herzens läßt sich durch täglichen Gebrauch einer kleinen Menge natürlichen „Franz-Josef-Bitterwassers die Abschaltung des Stuhles ohne starke Preisen erreichen. In Apotheken und Drogerien erhältlich. (8014)

\* Bestätigte Todesurteile. Das Appellationsgericht in Thorn behandelte am gestrigen Dienstag die im Juli d. J. unterbrochene Verhandlung gegen Marjanna Kozłowska sowie deren beide Töchter Bertha und Marianna, die in erster Instanz zum Tode wegen Ermordung ihres Vaters verurteilt worden waren. Im Januar d. J. hatte die 29jährige Marjanna Kozłowska im Auftrage ihrer 84jährigen Mutter und unter Beihilfe ihrer 21jährigen Schwester Bertha durch einen Revolverschuß ihren Vater, den 67jährigen Landwirt Jan Kozłowski aus dem Kreise Briesen getötet. Das Appellationsgericht in Thorn bestätigte das Urteil der ersten Instanz, indem es sich auf den Standpunkt stellte, daß die Tat mit Vorbedacht und auf Veranlassung der Mutter erfolgt sei.

v. Von der Weichsel. Der Wasserstand hat wieder eine geringe Zunahme erfahren. Der Thorner Pegel stand am Dienstag früh auf 1,14 Meter über Normal. — Der von Warshaw kommende Dampfer „Kollataj“ mit zwei mit Melasse beladenen Kähnen und einem leeren Kahn im Schleppe passierte die Stadt auf der Talfahrt nach Danzig. Die Dampfer „Goplana“ und „Wanda“ schleppen 3 bzw. 1 mit Getreide beladene Kähnestromab nach Danzig.

\* Der Hans und Grundbesitzer-Verein Thorn hat in Anbetracht der im Ministerrat behandelten neuen Steuerreform ein Formular herausgebracht, in das die Hausbesitzer einerseits die jährliche Mietseinnahme ihres Grundstücks und andererseits die Jahreshöhe sämtlicher Lasten und Steuern eintragen sollen. Es soll hierauf eine Statistik ausgearbeitet werden, um zu beweisen, daß bei allen dem Mieterschutz unterliegenden Häusern die Kosten und Steuern bedeutend höher als die Mietseinnahmen sind.

\* Die Gesundheits-Kontrollkommission des Magistrats revidiert die Höfe der Häuser auf ihre Sauberkeit und beantwortet dabei schon, wenn einmal leere Kisten zum Berkleinern hier aufgestellt sind. Es ist ihr aber bisher noch nicht aufgefallen, daß hinter dem Schlachthause auf einem eingezäunten Platz ein hoher Berg von Schweineborsten im Freien liegt, deren anhaftende Fleischreste verfaulen und einen pestilenzartigen Gestank verbreiten, unter dem besonders die Bewohner der dortigen Unterstände zu leiden haben. Der Fall liegt hier um so schlimmer, als die benachbarte Stärkefabrik auch gerade keine Wohlgerüche verbreitet. Vielleicht schenkt die Wojewodschafts-Gesundheitskommission dieser Gegend einmal ihre Beachtung.

## Graudenz.

## Statt besonderer Anzeige.

Durch Unglücksfall wurde uns unser liebes, hoffnungsvolles Tochterchen

## Magdalena Remer

im blühenden Alter von 11 Jahren entrissen.

## Die schmerzerfüllten Eltern und Geschwister.

Węgrowo, 21. 9. 31.

Die Beerdigung findet am 24. 9. 31, um 4 Uhr nachm., von der Leichenhalle des kath. Friedhofes in Grudziadz aus statt.

Für die Glück- u. Segenswünsche und reichlichen Blumenspenden anlässlich unserer Silberhochzeit sagen wir allen Freunden u. Bekannten, besonders der Fleischerinnung zu Grudziadz auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Gustav Klein und Frau.

Nowawieś, den 22. 9. 31.

## Trockene Farben für Oel und Kalk Streichfertige Oelfarben

## Lack-Farben

Farben-Mühlen in verschied. Größen

Kasinat für wetterfesten Anstrich von Fassaden, wie Krankenhäuser usw.

## Pinselfeime, Schablon, Lacke

zu allen Zwecken

## Vorstreichmasse

zum Beseitigen von Wasser — Regen und Räucherflecken

Goldbronze, Blattgold, Abziehpapier

empfiehlt

P. Marschler,

Telefon 517.

Plac 23 stycznia 18.

Zu vermieten

eine geräumige Werkstatt

(50 qm, 3,30 m hoch) für Tischlereibetrieb

oder ähnliches Unternehmen. Anfragen an C. Holtfreter, Grudziadz, Narutowicza

(Schlachthofstraße) Nr. 10.

Gut möbl.

8918

Dauerwellen, ohne Elektrizität. — Gefahrlos. Mehrjährige Erfahrung.

Wasserwellen in exakter Ausführung. Salon A. Orlikowski, am Rückmarkt. 8051

Curt Ullmann

Hoch- u. Tiefbau Entwurfbearbeitung Holzhandel

Grudziadz

Dworcowa 7—9 Telefon 182 8599

Anfertigung von Damen- u. Herren-

Wäsche

gleichzeit. Glanzplättchen, G. Stuße, Grudziadz, Rynek 6, 1. Treppen.

Die schönsten Dauer- und Wasserwellen im „Figaro“ Szwasta Nr. 14.

Paßbilder

in 1/4, Stundeliesterbar nur bei 7206

Hans Dessonneck, Photograph Józ. Wybickiego 9.

Gelegenheitskauf!

Förster-Piano

billig zu verkaufen

B. Sommerfeld,

Bydgoszcz, ul. Gdańska 27.

Buchhalter

bilanziell, Maschinenschreiber in Polnisch, v.

pol. gelieb. Gefl. Off. mit Gehaltsanprüchen

Zeugn. etc. um Nr. 8919

an die Geschäftsstelle

A. Kriedie, Grudziadz.

Gut möbl.

8918

Zimmer

p. 1. 10. evtl. mit Peni

an berufstät. Dame od.

solid. Herrn abzugeben

ul. Grobłowa 21a.

## Personen-u. Küchen-Waagen

(Alexander-werk)

stets vorrätig.

Falarski & Radaik, Toruń

Nowy Rynek 10. Tel. 561. Nowy Rynek 10. 4435

8918

## Tanzunterricht

im Deutschen Heim in Toruń.

Am 6. Oktober, abends 7 Uhr beginnt ein

## Kursus für moderne Tänze

mit letzten Neuheiten

auch f. Anfänger. Anmeldungen im Deutschen Heim.

H. Plaesterer, Tanzlehrerin, Bydgoszcz.

## Für die Einmachzeit!

## Glashaut

Salizyl-Pergament-Papier

in Bogen vorrätig bei

Justus Wallis, Papierhdlg.

Szeroka 34 Toruń Gegründet 1853.

8918

## M.-G.-B. „Liederfreunde“

v. Plötzlicher Tod. Dienstag früh gegen 7 Uhr erkrankte plötzlich der 70 Jahre alte Walerjan Dzierszanski, wohnhaft in Mocker, als er sich gerade in der Lindenstraße (Kosciuszki) befand. Der Erkrankte verstarb auf der Fahrt nach dem Krankenhaus. Der Tod ist wahrscheinlich infolge Entkräftung eingetreten. Der Verstorbene war früher Zuckerbäcker. Er verlor seines hohen Alters wegen schon vor längerer Zeit seine Arbeit und lebte seitdem vom Betteln.

\*  
v. Straßenunfall. Am Montag fuhr ein in schneller Fahrt befindlicher Radfahrer gegen ein in der Baderstraße (Lazienna) stehendes Militärführwerk. Der Radfahrer stürzte auf das Straßensplaster, ohne sich jedoch nennenswerte Verletzungen anzuziehen. Das Stahlrohr wurde vollständig zerstört. Die schen geworbenen Pferde rasten mit dem Wagen davon und konnten erst an der Weichsel zum Stehen gebracht werden.

k. Vor der Strafteilung des hiesigen Bezirksgerichts wurde gegen die unverehelichte Elfriede Grylewskia aus Bromberg, z. Zt. hier selbst in Haft, wegen Diebstahls in verschiedenen Fällen verhandelt. Die Angeklagte, eine gewerbsmäßige Diebin, hat im Mai d. J. eine Menge Gegenstände, und zwar Kleidungsstücke, Schuhe, Bijouterien, Stoffe, Strümpfe, Wäsche, mehrere Koffer, zwei Uhren, ein Armband, bares Geld usw. der Frau Maria Bauer und der Frau Aniela Krawczynska, bei denen sie sich als Dienstmädchen vermietet hatte, gestohlen. Sie gab den Diebstahl des größten Teiles der Sachen zu und wurde zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Ferner hatte sich vor der Strafkammer der 43 Jahre alte Landwirt Martin Matuzewski zu verantworten. Die Anklage wirft ihm vor, dem Vollzugsbeamten Palimowski von der Culmer Krankenkasse mit Schüssen bedroht und dadurch die Vornahme einer Zwangsvoillstreitung verhindert zu haben. Im September d. J. pfändete der Beamte bei dem Angeklagten ein Sofa für rückständige Kassenbeiträge. Da die am Wohnort veranstalteten Auktion resultlos verlief, wollte J. den gepfändeten Gegenstand nach Culm schaffen und dort versteigern. Da er vermutete, daß der Angeklagte Widerstand leisten würde, so nahm er sich einen Polizeibeamten mit. Der Angeklagte widerstand sich der Abfuhr des Sofas und drohte jedem, der es wagen würde, sein Sofa wegzunehmen, zu erschießen. Da es den Beamten nicht zum Lebten kommen lassen wollte und die Angelegenheit der Pfändung nicht einwandfrei geklärt war, so nahm er von der Abfuhr des gepfändeten Sofas Abstand. Der Angeklagte sagte aus, daß er bei der Krankenkasse eine Überzahlung gehabt hat. Der Beamte hätte jedoch keine Aufstellung bei sich gehabt, aus der zu erkennen gewesen wäre, ob diese Überzahlung in Abzug gebracht wurde. Die Drohung hätte er nicht ernst gemeint und sich im Augenblick auch gar nicht dazu geraut. Das Gericht beurteilte den Fall sehr milde und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 100 Zloty.

\*  
+ Auf dem Dienstag-Wochenmarkt entwickelte sich bei schönem Wetter trotz starker Beschilderung ein nur mittelmäßiger Verkehr. Es wurden folgende Durchschnittspreise notiert: Eier 1,90—2, Butter 1,80—2, Äpfel 0,10—0,30, Birnen 0,15—0,40, Pfauen 0,10—0,20, Pfauenkreide 0,70, Pfirsiche zum Einnehmen 0,40, Weintrauben 0,70—1, Zitronen pro Stück 0,10—0,20; Rehfüßchen pro Pfund 0,05, Grünsinge pro 2 Pfund 0,15, Reitzker pro Mandel 0,30—0,40; Tomaten 0,10—0,20, grüne Tomaten 0,05—0,10, Blumenkohl (in großen Mengen) pro Kopf 0,05—0,50, als Neuheit Kohlrabi 0,60, Kohlrabi pro Mandel 0,40—0,50, Spinat 0,20, Schoten 0,50, Mohrrüben 0,10, grüne Bohnen 0,15 bis 0,20, gelbe Bohnen 0,40—0,50, rote Rüben 0,10, Zwiebeln pro Kilo 0,25, Meerrettich 0,20, Suppengemüse pro Bund 0,10—0,20 usw. Die Geflügelpreise waren unverändert.

+ Der Polizeibericht meldet einen kleinen Diebstahl, zwanzig Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, eine Übertretung handels-administrativer Bestimmungen, zwei Verstöße gegen eisenbahnpolizeiliche Anordnungen, je einen Fall von öffentlicher Ruhestörung und Hausfriedensbruch, eine Schlägerei und die Beschlagnahme eines 5-Zloty-Falschstückes.

\* Briesen (Wahrzeino), 21. September. Der gefrige Sonntag brachte in Kamin schöne Gefangenvorträge. Das alte liebe Volkslied aus frischen und munteren Liedhören erfreute die zahlreichen Anwesenden. Besonders wirkungsvoll und schön harmonisch waren die vom Chor gesungenen und von Herrn Frank, Thorn dirigierten Lieder. Nicht minder schön waren die von Fräulein Stoyke geleiteten Chöre. Allen Mitwirkenden vielen Dank.

v. Gdingen (Gdynia), 22. September. Offizielle Ausschreibung. Das Regierungskommissariat in Gdingen (Komisariat Rządu w Gdyni) will die Tünch- und verschiedene andere Arbeiten beim Gebäude des Observatoriums der Staatlichen Meteorologischen Station in Gdingen vergeben. Die Bedingungen, Pläne und Kostenanschläge liegen im Gebäude I des Regierungskommissariats in der ul. Starowieskiej, Zimmer 17, zur Einsichtnahme aus. Oferter müssen in versiegelten Briefumschlägen mit der Aufschrift: „Oferta na wykonanie robót tynkarstkich i róznych przy budynku p. f. M.“ spätestens bis zum 28. September 1931, vormittags 11.45 Uhr, beim Regierungskommissariat, Zimmer 17, eingereicht werden, worauf um 12 Uhr (Zimmer 16) die Öffnung der Oferter in Gegenwart der evtl. erschienenen Oferteren erfolgt. Den Ofertern muß eine Quittung der Kasa Skarbowia über eine in Höhe von 5 Prozent der Oferthumme in Bargeld oder staatlichen Wertpapieren hinterlegte Bürgschaft beigelegt werden. Kostenanschlagsformulare sind auf Zimmer 17 gegen Vorlage einer Quittung der Stadthauptkasse der Stadt Gdingen über den Betrag von 3 Zloty erhältlich. Das Recht der freien Auswahl der Bewerber sowie der Nichtberücksichtigung aller Oferter bleibt vorbehalten. — Zu einem blutigen Streite kam es zwischen den Brüdern Franz und M. Waligora, in der Danzigerstraße wohnhaft. Seit langerer Zeit lebten sie in Unfrieden und als Franz W. gestern heimkehrte, versuchte ihn sein Bruder zu schlagen. In der Notwehr zog der Angegriffene einen Revolver und schoß auf den Bruder, der schwer verletzt zusammenbrach. In hoffnungslosem Zustande wurde der Verletzte ins Krankenhaus geschafft. Franz W. wurde verhaftet.

d. Gdingen (Gdynia), 22. September. Auf dem Markt-plate überfallen wurde von unbekannten Tätern St. Pawlicki von hier. Die Banditen versteckten dem Genannten mehrere Stiche in den Rücken und verlebten ihn lebensgefährlich. — In der Hafenstraße wurde der Arbeiter Ludwig Garverz von dem Arbeiter St. Krystak überfallen und mit einem Stock erheblich verletzt.

Bekohlen wurde S. Stamm, wohnhaft in der Danzigerstraße. Unbekannte Diebe stahlen ihm aus der Wohnung mehrere Kleidungsstücke im Werte von 600 Zloty. Von den Tätern fehlt jede Spur.

\* Konitz (Chojnice), 21. September. Durch nächtliche Einbrecher, die durch ein unverschlossenes Fenster eingestiegen waren, wurde der Landwirt Wladyslaw Kubus in Lubno hiesigen Kreises um Kleidungsstücke und Fleischwaren im Gesamtwerte von etwa 1000 Zloty geschädigt. — Nach Berücksichten des Vorhängeschlosses stiegen neulich nach Einbrecher in den Keller der Pfarrers Licziński in Karzin, hiesigen Kreises, aus dem sie mit vierzehn Flaschen verschiedener Weine spurlos verschwanden.

h Löbau (Lubawa), 21. September. Selbstmord verübte die 56 Jahre alte Frau Marianna Wiewiorka in Kratoschin (Kratoszyn), indem sie sich erhängte. — Um seinem Leben ein Ende zu bereiten, warf sich in Lipinki (Lipinki) der 20 Jahre alte Arbeitslose Valentin Szab unter den fahrenden Elztag. Der Tod trat auf der Stelle ein. Das Motiv zu dem furchterlichen Schritt ist unbekannt.

\* Löbau (Lubawa), 21. September. Feuer brach Freitag nach gegen 9.15 Uhr bei dem Landwirt Czachrowski in Tuszewo hiesigen Kreises aus und bescherte die Scheune mit dem zum Teil noch ungedroschenen Getreide und einen Teil der landwirtschaftlichen Maschinen ein. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr 8790 Zloty, während die Versicherungssumme nur 630 Zloty ausmacht. Die Brandursache ist unbekannt.

# Neuenburg (Nowe), 22. September. Der letzte Wochenmarkt brachte so reichlich Butter, daß deren Preis von 1,60 auf 1,20 Zloty je Pfund nachgab. Eier kosteten 2,20 die Mandel. Kartoffeln brachten 2,50—3,00 pro Zentner. Von Geflügel wurden junge Hühner mit 1,80 bis 2,50, alte mit 3,50—4,00, lebende Gänse mit 8,00 das Stück, geschlachtete Enten mit 0,75—0,90 je Pfund abgegeben. Gemüse und Obst preisten: Kocherbsen 0,30, Spinat 0,20, Schnittbohnen 0,25, Wachsbohnen 0,35, Weißkohl 0,10, Rotkohl 0,15, Wirsingkohl 0,10, Tomaten 0,25—0,40 je Pfund, Mohrrüben und Zwiebeln 2 Pfund 0,25, Sellerie- und Kohlrabizöpfchen 0,05, Blumenkohl Kopf 0,10—0,50, Apfel 0,20—0,30, Birnen 0,10—0,30 je Pfund, Pfauen 2 Pfund 0,25. Von Pilzen kosteten Steinpilze 0,15, Rehfüßchen 0,15, Blutreizker 0,20 je Liter. An Fischen gab es Schleie und Karauschen für 1,25, Aale 1,20—1,80, Weißfische 0,60—0,80, Hechte 1,20 je Pfund.

\* Neumark (Nowemiaso), 21. September. Aus einer eingemauerten Kassette in der Wand eines Bim-

## Sollten Sie

in ihrem Bekanntenkreise jemand haben, der noch nicht Abonnent der „Deutschen Rundschau“ ist, so werben Sie für uns. Alle Postagenturen und Postämter in Polen, unser Filialen und die Geschäftsstellen nehmen Abonnements für den Monat Oktober resp. für das 4. Quartal entgegen. Bezugspreise am Kopfe der Zeitung vermerkt.

mers wurden Franz Kracinski des Nachts ungefähr 1000 Zloty in bar, eine goldene Uhr im Werte von 750 Zloty, ein Sparfassbuch und andere Wertpapiere gestohlen. Die Diebe waren durch ein unverschlossenes Fenster eingestiegen. Die Wertpapiere wurden später unter der Eisenbahnbrücke aufgefunden, wo die Täter, nach denen gefahndet wird, sie hingeworfen hatten.

u Strasburg (Brodnicza), 23. September. In der letzten Stadtverordnetenitzung wurde von der Abschlusserrechnung der Kassenbücher der hiesigen Stadtsparkasse Kenntnis genommen. Dann nahm man eine Änderung des Arbeitsreglements der Versammlung vor. Von jetzt ab können Anträge jeglicher Art nur von Stadtverordneten gemacht werden. Ferner beschloß man, für den Bau der neuen Eisenbeton-Dreiebenzbrücke eine Anleihe in Höhe von 10000 Zloty bei der Kreissparkasse aufzunehmen. Das bisherige Brückengebäude soll in Kürze abgebrochen werden. An dieser Stelle soll dann die neue Eisenbetonbrücke die Dreiebenz überspannen. Der Wagenverkehr während der Bauzeit soll über die neue Holzbrücke (an der evangelischen Kirche) geleitet werden. Für die Fußgänger wird eine provisorische Pontonbrücke vom Masurenturm auf den Hof des Kaufmanns Wrzesinski gebaut werden. Der Preis für elektrischen Strom wurde um 10 Prozent erhöht. Der dadurch entstehende Überschuss von 12000 Zloty ist für die Unterstützung der Arbeitslosen bestimmt. Vom 1. April 1932 wird dann wieder der normale Strompreis gelten. Zur Kenntnis genommen wurde schließlich, daß die Stadtsparkasse schon in nächster Zeit in den neuen Räumen am Markt amtierend wird.

In weitem Abstand folgen die polnischen Filme mit 308, die französischen mit 189, die österreichischen mit 39 und die englischen mit 27. Auch 22 sowjetrussische Filme sind im Laufe eines Jahres durch die polnische Filmensur gegangen. (Und deutsche Filme wurden nicht aufgeführt? — D. R.)

Das polnische Kultusministerium hat im Jahre 1928/29 insgesamt 3061507 Zloty für Unterstützung des Bildungswesens außerhalb der Schule an 242 Institutionen und 365 Personen aufgewandt.

## Der verschüttete Kaffee-Gegen.

Entgegen den Versicherungen der Brasilianischen Regierung, daß die Kaffeeerstörungen jetzt ein Ende haben sollen und daß man sich mit der Washingtoner Regierung dahin geeinigt habe, 1½ Millionen Sack Kaffee gegen 25 Millionen Bushel Weizen einzutauschen, fahren die Kaffeeshändler in der sinnlosen Berstzung des Kaffees fort.

Während die Nachricht vom Juli, daß wieder 500000 Sack Kaffee ins Meer geschüttet worden sind, um den Weltmarktpreis nicht ins Bodenlose sinken zu lassen, schon damals die größte Empörung auf der ganzen Welt ausgelöst hat, ist jetzt darüber hinaus festzustellen, daß bis zum 1. September 1931 105 Kaffeesäcke zerstört, also ins Meer versenkt oder verbraunt worden sind. Man will also, wie diese Bahnen eindeutig beweisen, an der alten Politik festhalten, die brasilianische Währung durch Zerstörung der übermäßigen Kaffeevorräte zu stützen. Man führt den Sturz des Milreis auf die übergrößen Kaffeevorräte zurück. Die brasilianische Exportfähigkeit sinkt dadurch immer weiter und drückt sich im Stand des Milreis aus. Um sich eine Vorstellung von dem Kaffee gegen Brasilien zu machen, der zum Glück des Landes geworden ist, muß man bedenken, daß am 1. April 1928 ein Kaffeevorrat von 3,90 Millionen Sack (der Sack zu 60 Pf.) vorhanden war, während jetzt 20,96 Millionen Sack Kaffee vorrätig stand.

## Rundfunk-Programm.

Freitag, den 25. September.

Königs Wusterhausen.

07.00 ca.: Von Berlin: Frühstück. 09.00: Berliner Schulfunk. Die Hirsche fören. 10.10: Schulfunk. Erlebnisse auf der letzten Fahrt des Beppeling von Friedrichshafen nach Südmäritika. 12.00: Weiter. Anschr.: Lustiges Allerlei (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Schallplatten. 15.00: Jungmädelstunde. 15.40: Jugendstunde. Erlebnisse mit Schlangen. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 18.30: Entwicklung des geometrischen Denkens (IV). 18.55: Weiter. 21.10: Von Breslau: „Ein Leben in Versen“.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Konzert (Schallplatten). 11.35, 13.10 und 13.50: Schallplatten. 15.20: Stunde der Frau. 15.45: Das Buch des Tages. 16.00: Unterhaltungsmusik. 17.20: Anton Schnack liest aus eigenen Werken. 17.50: Das wird Sie interessieren! 18.40: Weiter. Anschr.: Abendmusik. 19.30: Weiter (Wiederholung). Anschr.: Rundfunk als Spiegel der Zeit. 20.00: Konzert der Schlesischen Philharmonie. 21.10: Umsendung: Ein Leben in Versen. Dichtung für Musik von Anton Schnack. Musik von Hans Bielowsky. 23.10—24.00: Von Berlin: Abendunterhaltung.

Königsberg-Danzig.

06.30: Konzert (Schallplatten). 08.30: Turnstunde. 09.00: Englisches Schulfunk. 11.30 und 13.30: Danzig: Schallplatten. 16.00: Frauenstunde. Modeplauderei. 18.30: Unterhaltungsmusik. 17.45: Bücherstunde. 18.30: Landwirtschaftsfunk: Eier und Geflügel. 18.55: Von Danzig: Chopin. Pianist: Hans Johow, Berlin. 19.30: Studienrat Dr. Seydel spricht aus Anlaß der Ausstellung im Krönungsgang des Königsberger Schlosses: Die Ostsee im Bilder. 19.50: Weiter. 20.00: Aus der Stadthalle Königsberg: Deutsches Requiem von Johannes Brahms. 21.15: Von Danzig: „Eloose“. Ein Spiel von Liebe von Mansfred Hausmann.

Wolfsburg.

15.55: Schallplatten. 17.15: Schallplatten. 18.00: Von Lemberg: Leichte Musik. 19.35: Schallplatten. 20.15: Sinfonie-Konzert. Dir.: Bierdajew. Goldberg, Violine. 22.45—24.00: Tanzmusik und leichte Musik.

# Wie sag' ich's meinem Rinde?

Zaleski übt Kritik am Völkerbund.  
Er macht — äußerlich wenigstens — einen sehr zufriedenen Eindruck.

Gens, 22. September.

Der polnische Außenminister August Zaleski ist zu einem mehrtägigen Erholungsurlaub nach Frankreich abgereist. Vor seiner Abreise empfing er den Chefredakteur der Telegraphen-Agentur "Tatra", den Obersten Stenzyński, dem er eine längere Unterredung über seine Eindrücke von der letzten Session des Völkerbundsrats gewährte.

"Die diesjährige Völkerbundversammlung", so erklärte Zaleski u. a., "hat bei mir weniger Interesse ausgelöst, als die anderen. Hierfür dürften zwei Gründe ausschlaggebend sein, von denen man den einen als inneren und den zweiten als äußeren Grund bezeichnen könnte. Denn nicht allein, daß das Programm der Arbeiten der Völkerbundversammlung jetzt nicht sehr wichtige Dinge umfaßt, sondern auch die allgemein in der Welt herrschende Wirtschaftskrisis habe es bewirkt, daß im Vergleich dazu die Arbeiten des Völkerbundes eine gewisse Blässe aufweisen. Weder für das eine noch für das andere darf man nach meiner Ansicht den Völkerbund verurteilen. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß doch die Liga nicht in der Abstraktion besteht, sie ist nur eine Vereinigung von existierenden Staaten. Die Schuld an dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist in einer gewissen Art „Stimmung“ zu suchen, die sich in Gens herausgebildet hat. Diese Stimmung aber beruht darauf, daß sich hier die Überzeugung gesetzt hat,

dass derjenige, der aufrichtig und offen öffentlich schwer zu lösende Fragen berühren wollte, den Völkerbund zu einem Fiasco verurteilen würde, ja sogar zu seiner Verzerrung beitragen könnte.

Hieraus ergibt sich, daß man in Gens die Behandlung schwierigerer Fragen vermeidet oder schließlich, wenn solche Fragen schon auf der Tagesordnung stehen, die Tendenzen zu ihrer formalen Erledigung, ohne in das Meritum einzugehen, über alles andere überwiegt. Denn eine aufrichtige Aussprache könnte Gegenjähe in den Interessen der einzelnen Mitglieder des Völkerbundes entfesseln. Die Schuld liegt daher nicht in der Institution als solcher, sondern bei denjenigen, aus denen sie sich zusammensetzt. Sehr richtig hat jemand gesagt, daß jedes Volk eine solche Regierung hat, die es verdient, und dasselbe kann man auch vom Völkerbunde sagen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß den wichtigsten Teil der Debatten und Beratungen der gegenwärtigen Völkerbundversammlung die Beratungen der zweiten Kommission für

## Wirtschaftsfragen

gebildet haben. Doch niemand konnte erwarten, daß der Völkerbund irgendein untrügliches Heilmittel für eine rasche und spontane Milderung der gegenwärtigen Krisis finden wird. Trotzdem kann man dem Völkerbund nicht mehr Schuld daran geben, als irgendeinem medizinischen Kongress, da nach dem Kongress die Menschen weiterkrank sind, wie vorher. Man hat über viele Dinge diskutiert, vieles wurde klargestellt, und es wurden Vierzeichen für gewisse Lösungen gegeben. Von den einzelnen Mitgliedern hängt es ab, ob sie diese Weisungen ins Leben treten lassen wollen, bzw. ob sie dazu imstande sind. Die auf der Tagesordnung des Wirtschaftslebens der Welt stehenden Fragen sind nicht leicht zu prüfen, und ihre praktische Erledigung ist noch bedeutend schwieriger als die theoretische Erkenntnis. Hierzu gehört das Kreditproblem. Es ist zwar verhältnismäßig leicht, sich darüber Rechenschaft abzulegen, wer und welche Kredite irgend jemand nötig hat, anders aber stellt sich die Sache dar, woher diese Kredite Deckung finden sollen. In dieser Hinsicht kann der Völkerbund der Welt gewisse Maßnahmen geben, die das Leben selbst ausfüllen kann. Dazu gehört auch viel guter Willen und viel Zeit. Ich kann im allgemeinen feststellen, daß die Wirtschaftsarbeiten der 12. Völkerbundversammlung auf diesem Gebiet nützlich waren, wenngleich sie uns keinen plötzlichen Ausweg aus der schwierigen Lage zeigen, in der sich heute die Welt befindet. Zum Glück hat Polen in dieser allgemeinen Lage im Vergleich zu vielen Staaten eine größere Widerstandskraft gezeigt und bewiesen, daß es auf eigenen Füßen stehen kann, nicht allein in Augenblicken des allgemeinen Erfolgs, sondern auch in Augenblicken der wirtschaftlichen Weltkrisis. (Ist diese Krisis wirklich spurlos an uns vorübergegangen? D. R.) Ich bin der Meinung, daß wir trotz darüber sein müßten, daß wir hier auf Genser Boden nicht nach Rettung zu rufen brauchen, sondern daß wir uns gemeinsam mit anderen Staaten auf die Arbeit zur Erleichterung des für das

Wirtschaftsleben notwendigen normalen Kredit-Entwurfs nach den allgemeinen kaufmännischen Grundsätzen beschließen können. Mit Erfolg kann ich feststellen, daß der Standpunkt, den Polen in dem sogenannten Block der Agrarstaaten eingenommen hat, für uns in diesen Dingen eine große Erleichterung darstellt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es keinen Staat gibt, der mehr als Polen wünschte, daß endliche solche Bedingungen geschaffen werden, die in größtem Maße eine allgemeine Abrüstung

ermöglichen würden. Unerlässlich ist jedoch dazu die Sicherheit. (Sie ist ein auf Erden unlösbares Problem! D. R.) Die zweite Bedingung aber ist der Grundsatz der Gleichheit der Rüstungen aller Staaten. (Wenn Deutschland ein Heer von 100 000 Mann hat, müßten wir in Polen — nach Herrn Zaleskis Wunsch — ein Heer von 50 000 Mann haben! D. R.) Dieser Gesichtspunkt Polens ist allgemein bekannt. Wir haben ihn in der Vorbereitungskonferenz verteidigt und werden ihn auch in der künftigen Abrüstungskonferenz entschieden verteidigen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß selbst die Notwendigkeit der Rüstungen unter den gegenwärtigen Bedingungen in bedeutendem Maße das Ergebnis der allgemeinen Gedankenstellung ist. So hat denn Polen die Initiative einer erschöpfenden Behandlung dieser Frage ergriffen und der Liga ein umfangreiches Memorandum vorgelegt, in welchem gefordert wird, auf die Tagesordnung der Abrüstungskonferenz die Frage der moralischen Abrüstung zu setzen. (Man hätte diese Initiative zunächst im eigenen Lande bewahren sollen! D. R.) Demnach um den Frieden auf der Welt zu festigen, muß man in erster Linie alle Volksgemeinschaften in der Weise erziehen, daß ihnen die Großerzungsfreiheit fremd wäre. Erst dann wird man von der wirklichen Abrüstung sprechen können. Ist doch noch bis vor kurzem der einzelne Mensch stets mit der Waffe an der Seite gegangen, und erst die neuzeitlichen Methoden der heutigen Volksgemeinschaft, die öffentliche Sicherheit zu garantieren, haben diesem früher begründeten Brauch ein Ziel gesetzt. Dasselbe findet Anwendung auf das internationale Leben.

Der Völkerbund hat endgültig die Beschwerde der Deutschen Regierung und die Petition der deutschen Minderheit in Polen aus Anlaß der bekannten

## Bahlvorgänge in Oberschlesien

liquidiert. Der kurze und definitive Rapport des Berichterstatters, der vom Völkerbundrat angenommen wurde, spricht für sich selbst. (Er bedeutet eine klare Verurteilung polnischer Verwaltungsmethoden! D. R.) Wenn wir ihn mit den Stimmen der uns nicht wohlgesinnten Presse noch vor einem halben Jahre vergleichen, so sehen wir, wie dieser ganze Streit übertrieben war. Ich höre nicht auf zu behaupten, daß die nationalen Minderheiten in Polen, sofern sie nur loyal Polen gegenüber sind, lediglich gewinnen könnten, wenn sie, statt Schutz bei Fremden zu suchen, sich vertrauensvoll direkt an die Polnische Regierung wenden würden.

Dieselben Grundsätze könnte man auch auf die

## Danziger Fragen

anwenden. Danzig beschwert sich andauernd über Polen, daß dieses durch die Errichtung des Hafens in Gdingen den elementaren und wirtschaftlichen Interessen Danzigs entgegenhandelt. Doch es genügt, die zahlreichen Seiten der Berichte aus der Tätigkeit des Völkerbundrats zu lesen, welche die Bemühungen Danzigs um Einschränkung der Arbeiten und der wirtschaftlichen Tätigkeit Polens auf seinem Gebiet enthalten (?). Dies ist sozusagen eine contra-dictio in adjecto. Man darf nicht mit einer Hand Polen erschweren, den Auslandshandel über Danzig zu treiben (wo tut man das? D. R.) und mit der anderen sich beim Völkerbund darüber beschweren, daß Polen seinen Handel auf einen anderen Weg zu leiten sich bemüht. Eine derartige Demagogie (?) kann auf Genser Gebiet nicht gelingen, sie kann einen Propaganda-Einschluß auf die breite sich nicht orientierende Öffentlichkeit ausüben; doch große Politiker (!), die am Ratsstuhl sitzen, müssen die Dinge so sehen, wie sie sind. Es ist fürwahr unverständlich, was die Freie Stadt als solche an einer derartigen Politik gewinnen kann. (Eine „derartige Politik“ treibt Danzig überhaupt nicht! D. R.) Ist es doch für jeden klar, daß Danzig durch seine geographische Lage der beste und natürliche Hafen für Polen ist und seine Zusammenarbeit mit uns seinen Bürgern einen bedeutenden wirtschaftlichen Wohlstand bringen könnte. (Warum baut man dann einen Konkurrenz-Hafen? D. R.) Ich habe die Hoffnung, daß die maßgebenden Kreise in Danzig es verstehen werden, daß auf der Linie der natürlichen Entwicklung ihrer Stadt die Annäherung mit Polen liegt und daß Polen kein Interesse daran hat, die deutsche Kultur der

Freien Stadt zu bekämpfen. Jahrhunderte hindurch haben wir nicht versucht, Danzig zu polonisieren, und trotz augenblicklicher Schwierigkeiten lebte die Republik im allgemeinen mit Danzig im Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens. Die Ergebnisse dieses Standes waren für beide Seiten überaus vorteilhaft. Ich habe keinen Grund zur Annahme, daß irgend etwas in dieser Beziehung sich ändern könnte.

Bezüglich der

## ukrainischen Petitionen

ist festzustellen, daß nach mehrmonatlichen Beratungen das Dreier-Komitee zu der Erkenntnis gekommen ist, daß es nicht in der Lage sei, diese Sache zu erledigen. Mit Rücksicht auf die Entwicklung der gegenseitigen Verhältnisse zwischen der polnischen Mehrheit und der ukrainischen Minderheit in Ostgalizien wäre es überhaupt besser gewesen, wenn das Komitee schon längst einen Ausweg aus der Lage gefunden hätte, die sich dort herausgebildet hat. Wenn dies nicht geschehen ist, so haben wir Polen keinen Grund, uns darüber zu beklagen, daß die Sache vor das Forum des Völkerbundrats gebracht wurde. Denn die Debatten werden im Gegensatz zu den Verhandlungen im Dreier-Komitee den sehr großen Vorteil haben, daß sie öffentlich sind, und daß wir in der Lage sein werden, die Frage der Behandlung der ukrainischen Minderheit mit aller Aufrichtigkeit auf Grund von Dokumenten und festgestellten Tatsachen vor dem Forum des Rates darzulegen. Ich bin fest davon überzeugt, daß Polen dabei lediglich gewinnen kann. (Die Ukrainer können sich nämlich nicht verteidigen. D. R.)

Damit war die Unterredung beendet.

## Die Ukrainer-Beschwerden

kommen vor das Plenum des Rates.

Der für die zahlreichen Beschwerden der Ukrainer in Polen von dem Völkerbundrat eingesetzte Dreierausschuß hat — wie wir bereits kurz gemeldet haben — nach längerer eingehender Prüfung beschlossen, das Geheimverfahren in dem Dreierausschuß nicht wie sonst üblich abzuschließen, sondern die Beschwerde vor das Plenum des Völkerbundrates zu bringen. Der Dreierausschuß hat sich zu diesem außergewöhnlichen Schritt entschlossen, da die bisherige Erklärung der Polnischen Regierung nicht als befriedigend angesehen worden ist und insbesondere die Polnische Regierung Deutschland für die Vorgänge in der Ukraine mit verantwortlich gemacht hat. Der Dreierausschuß hat sich daher auf den Standpunkt gestellt, daß unter diesen Umständen eine Behandlung vor dem Völkerbundrat unbedingt erforderlich ist. Für die Vorlage der Beschwerde an den Rat ist ferner der Gesichtspunkt maßgebend gewesen, daß dieses Problem eines der ernsthaftesten und den Frieden sehr gefährdenden Probleme des europäischen Ostens ist und in der breitesten Öffentlichkeit starke Unruhe ausgelöst hat. Im Hinblick auf die Vorgänge in Ostgalizien hat sich nun der Rat als solcher mit der Frage beschäftigen müssen. Es ist deshalb auf der gegenwärtigen Tagung des Rates zum ersten Mal die ukrainische Beschwerde auf der Tagesordnung gestanden. Es wurde lediglich ein Berichterstatter eingesetzt, worauf an die Veröffentlichung des Dokumentenmaterials gebracht worden ist. Die einzelnen Beratungen des Rates über die ukrainische Beschwerde werden jedoch erst auf der Januartagung des Rates eröffnet werden.

## Die Danziger Beschwerden.

Wie das "Berl. Tagebl." aus Danziger Regierungskreisen erfährt, ist man dort mit dem Ergebnis, daß die Befreiung der Polnisch-Danziger Frage am Sonnabend in Gens gezeitigt hat, ziemlich zufrieden. Zu erster Linie wird es als erfreuliches Resultat angesehen, daß im Völkerbundrat die Feststellung gemacht wurde: der Senat habe genügende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und damit auch zur Sicherheit der in Danzig weilenden Polen getroffen, womit eine Hauptbeschwerde Polens gegen Danzig abgewiesen worden ist. In mehreren anderen Punkten, so hinsichtlich der Danziger Klage über Schädigung und Hemmung des Danziger Handels nach Polen durch polnische Maßregeln, beschränkt sich die Entschließung des Völkerbundes zwar nur auf Mahnungen und Empfehlungen, deren praktische Auswirkung zweifelhaft ist; aber in einer Frage, welche die schwerste Sorge Danzigs bildet, in der Überschwemmung Danzigs mit polnischen Arbeitern, geht die Entschließung weiter. Sie billigt der Freien Stadt das bisher so bitter vermisste Recht zu, ihrerseits praktische Maßregeln zu ergreifen, und die Danziger Regierung hat nun mehr beschlossen, umgehend die Sperrung des Zugangs weiterer polnischer Arbeiter zu veranlassen. Damit wäre der Weg zu einer finanziellen und psychischen Entlastung der Lage geebnet.

## Bankverein Sepolno

e. G. m. unb. Haftpflicht  
Sepolno — Gründungsjahr 1883

Günstige Verzinsung von 7,75%

## Spareinlagen

An- und Verkauf von ausländischen Geldsorten

Sorgfältige Erledigung aller bankmäßigen Aufträge.

## Teppiche Gardinen Läufer Möbelstoffe

handgeknüpft

„Zywicier“  
Teppiche  
empfiehlt zu niedrigsten Preisen

„Dekora“  
Gdanska 10/165  
1. Stock.  
(Neben Kino Kristal)  
Telefon 226. 7852

Lastauto  
zu allen Transporten.  
7859 Telefon 15 u. 16.

Engl. Leinengarn  
f. Filethandarbeit.  
tauft man günstig bei  
Aug. Morel,  
Jezuista 2. 7852

## Hypotheken

reguliert mit  
gutem Erfolg  
im In- und Ausland

St. Banaszak,

Rechtsbeistand

Bydgoszcz, 823;  
ulica Cieszkowskiego  
(Moltkestr.) 4.

Telephon 1304.

Langjährige Praxis.

Geldmarkt

12000 zł.

Darlehen auf 1. Hypoth.  
für erträgliches Land-  
gärtnerhaus geliehen. Ver-  
amt nach Vereinbarung.

Offeren unter J. 8877

a.d. Gesetz d. Zeitg. erb.

## Heirat

Dame, 45 J., statliche

Ersch., erstl. Wirt., m. 3-3.-Eigenh.

4000 zł. Ers., etw. spät.

Ersch., z. T. berufstät.

wünscht gutt. älteren

Hand auf einen anderen Weg zu leiten sich bemüht. Eine

derartige Demagogie (?) kann auf Genser Gebiet nicht gelingen, sie kann einen Propaganda-Einschluß auf die breite

sich nicht orientierende Öffentlichkeit ausüben; doch große

Politiker (!), die am Ratsstuhl sitzen, müssen die Dinge

so sehen, wie sie sind. Es ist fürwahr unverständlich,

was die Freie Stadt als solche an einer derartigen Politik

gewinnen kann. (Eine „derartige Politik“ treibt Danzig

überhaupt nicht! D. R.)

Ist es doch für jeden klar,

dass Danzig durch

seine geographische

Lage der beste und

natürliche Hafen für

Polen ist und seine

Zusammenarbeit mit

uns seinen Bürgern einen

bedeutenden wirtschaftlichen

Wohlstand bringen

könnte. (Warum baut

man dann einen

Konkurrenz-Hafen? D. R.)

Ich habe die Hoffnung,

dass die maßgebenden

Kreise in Danzig es

verstehen werden,

dass auf der Linie

der natürlichen

Entwicklung ihrer

Stadt die Annäherung

mit Polen liegt und

dass Polen kein

Interesse daran hat,

die deutsche Kultur der

## Einheirat! Reiche

Ausländerinnen, viele

vermögl. dtsch. Damen

wünsch.-glückl. Heirat.

Kostenlose Ausk. sof

# Wirtschaftliche Rundschau.

Die wechselvolle Geschichte der Bank von England

**Das Gründungsjahr.** — Die erste Schlappe. — Sturm gegen die Bankhalter. — Goldzahlungen verboten.

Sicher wie die Bank von England — diese Nebensart ist nunmehr, wie die Ereignisse zeigen, nur sehr bedingt richtig. Allerdings war die Bank von England nicht immer so sicher, wie man es sich noch gestern vorstellt. Noch vor 150 Jahren hatte sie erbitterte, abenteuerlich anmutende Konkurrenzkämpfe zu bestehen. Die Bank sieht überhaupt seit ihrer Gründung im Jahre 1694 auf eine recht bewegte Vergangenheit zurück.

Im Jahre 1872 herrschten in England geradezu chaotische Geldverhältnisse. Das Geld wurde im Laufe der Jahre derart „schlecht“, daß sich das Schamgezwungen sah, die Salungen einzustellen. Dieser Schritt war gleichbedeutend mit der Erklärung des Staatsbankrottes. Nach diesem Bankrott versuchte die englische Kaufmannschaft, die Finanzen des Landes auf sichere Unterlagen zu stellen.

Im Jahre 1894 gründete der schottische Finanzachverständige William Patterson die Bank von England. Die Kaufleute zeigten zu diesem Zweck 1.200.000 Pfund. Von dieser gezeichneten Summe stellten für 1.000.000 Pfund der Regierung zu 8 Prozent zur Verfügung. Die Bank erhielt das Recht, in der Höhe dieser 1.000.000 Pfund Banknoten zu drucken.

Nachdem die Bank gegründet worden war, begann sofort der Kampf gegen ihr Bestehen. Verschiedene Kreise verbreiteten allerlei kreditshärtende Nachrichten und Verleumdungen über die Bank. Selbst die Regierung wurde mobilgemacht. Die Geschäftsmacher versuchten sie dazu zu bewegen, eine Gegenbank zu gründen. Dieses Vorhaben gelang jedoch nicht. Und da die Regierung inzwischen immer weniger und weniger Geld prägen ließ, ihr Geldbedarf aber ständig stieg, wandte sie sich schließlich in ihren Bedrängnis an die Bank von England und dehnte deren Bankprivilegien aus.

Aus den Konkurrenzkämpfen ging die Bank von England siegreich hervor, wenn ihr auch die Gegner manchmal hart zufielen. Wie ein Kapitel aus einem Hinterreppenroman mutet folgender Fall an, der sich zu Beginn des 18. Jahrhunderts abspielte. Die Leitung der Bank wollte um jeden Preis ihren gefährlichsten Konkurrenten, die Child-Bank, zugrunde richten. Zu diesem Zweck hatte sie lange Zeit hindurch Scheine, die auf die Child-Bank lautete, aufgekauft und sie sorgsam aufbewahrt. Die Bankleitung hatte nun die Absicht, diese Scheine auf einmal vorzulegen, und hoffte auf diese Weise ihren Konkurrenten mit einem Schlag bankrott machen zu können. Der Plan scheiterte aber an der Wachsamkeit der Gegenpartei. Die Herzogin von Marlborough war es, die ihn vereitete. Die Child-Bank erhielt von ihr einen 700.000 Pfund-Schein auf die Bank von England ausgefertigt. Der Schein sollte wettgeschlagen nur im Augenblick der größten Gefahr vorgezeigt werden. Dieser Fall trat in der Tat bald ein. Eines Tages erschien ein Beamter der Bank von England in der Child-Bank und präsentierte alle angekauften Scheine. Nun wurde in aller Eile der Schein der Herzogin zu Geld gemacht, und die Bank von England wurde mit ihrem eigenen Gelde ausbezahlt.

Im Jahre 1780 erlebte die Bank eine neue Sensation. Es fanden in London Straßendemonstrationen statt. Sie dauerten schon tagelang an, als die aufgeriegelte Menge unter der Führung von Lord Gordon beschloß, die Bank von England in der Threadneedle Street zu stürmen. In der Bank erfuhr man noch rechtzeitig von der drohenden Gefahr und bereitete sich auf den Kampf vor. Sämtliche Beamten wurden bewaffnet, Militär und freiwillige Bürgerheer zu Hilfe gezogen. Bald tobte vor dem Bankgebäude ein heftiger Kampf. Salven brachten, Tote und Verwundete bedeckten das Schlachtfeld. Der Angriff wurde aber zurückgeschlagen, und die Bank war gerettet. Seit diesem Vorfall ist in dem Bankgebäude eine standige militärische Wache untergebracht.

Im Jahre 1797 hatte die Bank von England wieder eine schwere finanzielle Krise mitgemacht. In den Wirren der Revolutionstrüge waren die finanziellen Mittel fast gänzlich erschöpft. Das Gold verschwand, und so sah sich die Regierung — wie heute — gezwungen, die Bank von den Barzahlungen zu trennen. Auf diese Weise wurden die Banknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel. Diese Maßnahme der Regierung verursachte aber eine allgemeine Panik, und so blieb der Regierung nichts anderes übrig, als die vom Feind geraubten spanischen Taler in Verkehr zu bringen. Etwa 24 Jahre später, im Jahre 1819, konnten die Barzahlungen wieder aufgenommen werden.

Im Jahre 1844 wurde dann durch die Peel's Bill, die Bank in ihrer Macht ungemein gestärkt. Nach diesem Gesetze durfte die Bankleitung nur bis zu einer gemessenen Höhe Banknoten herausgeben, weitere Banknoten nur dann, wenn sie zugleich mit dieser Ausgabe ihren Goldbestand vermehren konnte. Auf diese Weise erhielt die Bank von England ein geradezu unantastbares Monopol. Alle Goldbestände konzentrierten sich bei ihr, und sie schien allen Gefahren trocken zu können.

Selbst die zahlreichen Finanzkrisen, die England in den letzten 80 Jahren heimsuchten, konnten der Bank von England nichts anhaben. In den bisherigen Jahren des vorigen Jahrhunderts

# Der Zusammenbruch des englischen Pfundes.

Der Goldrückfluss nach Deutschland und die Londoner Katastrophe. — Die Konsequenz für die Vereinigten Staaten. — Neuverteilung des Goldes als Rettung.

Wenn auch bereits seit dem vorigen Winter, als bekannt wurde, daß eine Kapitalflucht aus England einsetzte — noch vor der deutschen Kapitalflucht, wie im allgemeinen nicht recht bekannt geworden ist, — Sorgen um die englische Währung bestanden, so rechnete man doch bis zuletzt keinesfalls damit, daß die Londoner Börse geschlossen werden würde, daß die Bank von England die Goldzahlungen einstellen und den Diskont erhöhen würde. England warnte mit dieser Maßnahme bis auf die letzte Minute; denn daß der Devisenbestand einer Bank von England derart erschöpft ist, stellt sich als ein Weltereignis dar, welches geeignet ist, den

## offenen Zusammenbruch der Weltkapitalmärkte

einzuleiten. Aus der Verzweiflungstat der Englischen Regierung geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß ohne eine Vereinigung der aus dem Weltkriege entstandenen Weltshulden die Weltwirtschaft nicht gesunden kann — mit einer Deutlichkeit, welche hätte erwartet werden können!

Die Deutsche Reichsbank bleibt zunächst von der Schließung der Londoner Börse und der Auflösung der englischen Goldwährung unberührt, wenn auch die deutschen Wertpapierbörsen zunächst wieder geschlossen werden. Durch das Stillhalteabkommen ist die Deutsche Reichsbank auf alle Fälle geschützt, und es scheint, als ob die Gläubiger des Britischen Reiches mit England ebenfalls ein Stillhalteabkommen treffen müssen, wenn nicht die gesamte Geldwirtschaft zugrunde gehen soll.

An sämtlichen führenden Börsen der Welt zeigt sich die Ohnmacht gegenüber den Zerstörungen der Weltkrise.

In der New Yorker Börse versuchte man in der vorigen Woche dem Kursniedergang zu steuern, indem man einen Feiertag einlegte, angeblich, weil die Geschäftsstille das Eröffnen der Börse erforderte. Die Londoner City tat das Gegenteil; sie hob die übliche Sonnabendruhe der Börse im Sommer auf, um das Börsengefäß damit zu beleben. Aber gleich die erste Sonnabendbörse wies eine derartige Flauta auf, daß man sich über die vollkommen verkehrt Maßnahme nicht mehr täuschen konnte. Die Vorgänge stehen in traurigen Parallelen zur deutschen Banken- und Börsensituation. Seit in Deutschland im Gegensatz zur allgemeinen Sonnabendbörsen eingeführt worden waren, brachte jeder Sonnabend schwere Aktienabnahmen und der Aufstieg der deutschen Industriekatastrophe war dann auch eine grobe Sonnabendflut der deutschen Börsen.

England steht jetzt nicht weit von dem Punkt entfernt, an dem sich Deutschland gerade vor zwei Monaten befand.

Die Englische Regierung erklärte zwar, daß sie den Kapitalausfluß für Kapitalzurückstellungen fremder Gläubiger ansehe. Aber wie unaufdringlich diese Erklärung ist, ergibt sich daraus, daß gleichzeitig ähnlich wie in Deutschland eine Devisenzwangswirtschaft angekündigt wird, welche nur solche Devisenanforderungen bewilligt, die zur Erfüllung bestehender Verpflichtungen und zur Befriedigung der tatsächlich Bedürfnisse des Handelsverkehrs nötig sind. Weitere Maßnahmen werden in Aussicht gestellt.

Während die anhaltenden Gold- und Devisenabflüsse von London allein seit Mitte Juli über 200 Millionen Pfund = 4 Milliarden Reichsmark, ausmachen, und England diese Forderungen

nur mit Hilfe der französischen und amerikanischen Kredite nachkommen konnte, während sich also die Geldlage in England immer mehr zusetzte — war in Deutschland eine leichte Entspannung in der letzten Zeit spürbar, welche, was die gegenwärtige Lage der Reichsbank anbetrifft,

Deutschland einen konjunkturellen Vorsprung vor England verschafft hat.

Der Reichsbankausweis zeigt für die zweite Septemberwoche eine verhältnismäßig günstige Entlastung auf der Aktivseite. Die Kapitalanlage der Reichsbank in Belgien und Schlesien, Lombards und Effekten ist um 126 Millionen Mark zurückgegangen. Die Deckung der Reichsbanknoten betrug am 15. September 40,7 Prozent, während sie am 31. August 39,3 Prozent ausmachte. Die Deckung der umlaufenden Reichsbanknoten durch Gold und bedeutungsfähige Devisen übersteigt also die vorgeschriebene Mindestdeckung. Daß die Lockerung der Devisenzwangswirtschaft zur Devisenabnahme führen würde, war von vorhernein klar, aber mit 44,4 Millionen Mark sind die Verluste nicht unerträglich. Ein günstiges Symptom ist ferner, daß die deutsche Notenbank eine Erhöhung ihres Goldbestandes um 1,6 Millionen Mark am 15. September zu verzeichnen hatte. Bis dahin sind auch bereits 95,5 Prozent der vorangegangenen Umlaufbelastung der deutschen Notenbank zurückgefahren.

Die ganze englische Wirtschaftspolitik wies schon seit längerer Zeit eine auffallende Ähnlichkeit mit der deutschen auf.

Die Börsen in London und Berlin bildeten den Gegenpol zu den Börsen New York und Paris.

In England wie in Deutschland versuchte man die Zinsarten so hoch als möglich zu halten. Der Diskontsatz — also der Prozentsatz der Zwischenzinsen, der beim Kauf gleich abgezogen wird — wurde mit dem Ziel bestimmt, die Geldansage in den Ländern möglichst lohnend zu gestalten. Von der Ähnlichkeit der sozialen Lagen in den Ländern soll dabei gar nicht gesprochen werden. Amerika und Frankreich taten gerade das Gegenteil, sie neigten die Flüssigkeit ihrer ungeheuren Bestände durch niedrige Zinsätze. Die anhaltende Fehlleistung des Goldes in die goldreichen Länder Frankreich und Amerika mußte notgedrungen zu dieser Entwicklung führen.

Wenn auch der Winter für die Vereinigten Staaten nicht weniger schwer werden wird, wie für die anderen Länder, so droht scheinbar drüben schon die Ansicht durch, daß für Amerika die Krise in der Hauptstadt überwunden sei. Man achtet nicht mehr auf den Pejorative der New Yorker Börse, man klammert sich an die Tatsache, daß nach einer Umstellung der meisten Industrien und einer erheblichen Preisentlastung, welche tatsächlich eingetreten ist, der Beschäftigungsgrad des amerikanischen Industrie langsam wieder normal zu werden scheint. Die Katastrophe der englischen Notenbank wird auch diese etwas überzogene Ansichten wieder einschränken lassen. Es wird sich zeigen, daß auch die Vereinigten Staaten nicht ohne einigermaßen gesunde Verhältnisse auf den Weltmärkten existieren können. Und wodurch kann diese Gefundung befreit werden? Nur durch eine vernünftige Verteilung des Goldes. Es kommt jetzt alles darauf an, daß die Furcht vor einem allgemeinen Zusammenbruch der Wirtschaft ein williges Ohr und einen einsichtsvollen Sinn in Frankreich und in Amerika zu schaffen vermag.

## Die Lage auf der Warschauer Börse.

Warschau, 22. September. Die Lage an der Warschauer Börse wird heute dadurch charakterisiert, daß alle ausländischen Waren und Devisen, mit Ausnahme von Paris und Zürich, angeboten werden. Paris und Zürich zogen mit zehn und mehr Punkten an.

Paris stieg von 35 Zloty für 100 Fr. auf 35 Zloty 40 Gr. Zürich von 174 Zloty 40 Gr. auf 174 Zloty 60 Gr.

Der Dollars befreit gar kein Interesse. Sie werden zum Kurs von 8,41 Zloty besonders gern gegen Gold abgegeben. Gold wird seit zwei Tagen stark begehrt, der Tagesumsatz auf der Warschauer Börse beträgt ca. 100.000 Rubel. Der Goldrundel notierte heute 4 Zloty 87 Gr. (gestern 4,84 Zloty).

Das englische Pfund erreichte nur minimale Umläufe. Offiziell wird das Pfund auf der Warschauer Börse nicht notiert. Im Privatverkehr wurden 38 Zloty 75 Gr. für das Pfund gezahlt. Im Laufe von zwei Tagen ist das Pfund nunmehr zu 5 Zloty gesunken. Die Banke bemühen sich, den Pfundkurs auf dem Niveau von 38 Zloty zu erhalten.

Die Bank Polissi veröffentlicht bis auf Widerruf keine Notierungen des englischen Pfundes. Alle Pfundnotierungen stammen nur aus dem Freihandelsverkehr.

## Londoner Effektenbörse geöffnet.

London, 23. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Londoner Effektenbörse ist, wie der Börsenvorstand beschlossen hat, am Mittwoch wieder eröffnet worden.

Weizen 8,25—8,50, Weizenkleie 8,50, Blaumohn 36,00—38,00 Gelbsenf 22,00—24,00 G. per 100 kg frei Danzig.

## Oktober-Lieferung.

Weizengemehl, alt 26,00 G. 60% Roggenmehl 22,50 G. per 100 kg.

Berliner Produktentbericht vom 22. Septbr. Getreide- und Getreide für 1000 kg. ab Station in Goldmark: Weizen märl. 75—76 Ra., 210,00—213,00, Roggen märl. 70—71 Ra. 185,00—187,00, Brauerei —, Rüttler —, Industriegetreide 148,00—155,00 Hafer märl. 132,00—140,00, Mais —.

Rür 100 Ra.: Weizengemehl 26,25—32,25, Roggenmehl 25,50—28,25, Weizenkleie 10,60—10,90, Roggenkleie 9,25—9,50, Raps —, Vittoriaerbien 20,00—27,00, Kleine Smeierbien —, Rüttlerbien —, Belutschien —, Aderbohnen —, Widen —, Lupinen, blaue —, Lupinen, gelbe —, Erdadella —, Rapschulen —, Leinfuchen 13,40—13,60, Trockenknödel 6,50—6,60, Sona-Extraktionschrot 11,50—12,20, Kartoffelsoden —.

## Wienmarkt.

Posener Börse vom 22. September. Fest veräinslichte der Preisnotierung in Prozent: prozent. Konvertierungssanleihe (100 Zloty) 43,50 +, 8 prozent. Obligationen der Stadt Posen (100 G. Zloty) vom Jahre 1926 (92,00 G. 8 prozent. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 88,50 G. 4 prozent. Konvertierungssanleihe der Posener Landschaft (100 Zloty) 31,00 +. Notierungen je Stück: 8 prozent. Rogen-Z. do. II. Scheine 8,87 Zl. 1 Bid. Sterling —, 100 Schweizer Franken 17,72 Zl. 100 franz. Franken 24,00 Zl. 100 deutsche Mark 21,00 Zl. 100 Danziger Gulden 17,20 Zl. Tschech. Krone 26,00 Zl. österr. Schilling 124,98 Zl.

## Geldmarkt.

Infolge Schließens der Geldbörsen bleiben heute sämtliche Notierungen fort.

Der Zinsatz der Bank Polissi beträgt 7,4%, der Lombard satz 8,4%.

Berlin, 22. September. Amtliche Devisenkurse (Geld — Brief): London 17,83—18,01, Newyork 4,20—4,22, Holland 169,51—170,19, Belgien 58,51—58,75, Schweden 112,08—112,52, Danzig 81,74—82,06, Italien 22,06—22,14, Paris 16,49—16,55, Schweiz 82,04—82,36, Prag 12,47—12,49, Wien 59,08—59,27.

Die Bank Polissi zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,88 Zl. do. II. Scheine 8,87 Zl. 1 Bid. Sterling —, 100 Schweizer Franken 17,72 Zl. 100 franz. Franken 24,00 Zl. 100 deutsche Mark 21,00 Zl. 100 Danziger Gulden 17,20 Zl. Tschech. Krone 26,00 Zl. österr. Schilling 124,98 Zl.

## Wittienmarkt.

Posener Börse vom 22. September. Fest veräinslichte der Preisnotierung in Prozent: prozent. Konvertierungssanleihe (100 Zloty) 43,50 +, 8 prozent. Obligationen der Stadt Posen (100 G. Zloty) vom Jahre 1926 (92,00 G. 8 prozent. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 88,50 G. 4 prozent. Konvertierungssanleihe der Posener Landschaft (100 Zloty) 31,00 +. Notierungen je Stück: 8 prozent. Rogen-Z. do. II. Scheine 8,87 Zl. 1 Bid. Sterling —, 100 Schweizer Franken 17,72 Zl. 100 franz. Franken 24,00 Zl. 100 deutsche Mark 21,00 Zl. 100 Danziger Gulden 17,20 Zl. Tschech. Krone 26,00 Zl. österr. Schilling 124,98 Zl.

## Produktentmarkt.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie und Handelsammer vom 22. Septbr. (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen 19,00—19,50 Zl. Roggen 20,00—20,60 Zl. Mahlgerste 18,50—19,50 Zl. Brauergeste 22,50—23,50 Zl. Flederben — Zl. Vittoriaerbien — Zl. Hafer 18,50—19,25 Zl. Fabrikfartoffeln — Zl. Speisefartoffeln — Zl. Kartoffelflocken — Zl. Weizenmehl 70% — Zl. do. 65% — Zl. Roggenmehl 70% — Zl. Weizenkleie 12,00—13,00 Zl. Roggenkleie 12,50—13,25 Zl. Engrospreise franco Waggon der Aufgabestation.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 22. September. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Posen.

## Richtpreise:

Weizen, neu, gesund und trocken . . . . .	Sommerwilde	—
Roggen, neu, gesund und trocken . . . . .	Belutschien	—
Mahlgerste . . . . .	Flederben	—
Brauergeste . . . . .	Vittoriaerbien	22,00—25
Hafer . . . . .	Folgererbien	23,00—25
Roggenmehl (65%) . . . . .	Blau Lupinen	—
Weizenmehl (65%) . . . . .	Gelbe Lupinen	—
Weizenkleie (grob) . . . . .	Speisefartoffeln	2,30—2,50
Wheatkleie (12,75—13,75)	Roggenflocken, gepr.	—
Roggenkleie . . . . .	Heu, lose	—
Raps . . . . .	Heu, gepreßt	—
Raps . . . . .	Neuheu	—

Geamtsdienst: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 180 to, Weizen 6